

BfGT

Bürger für Gütersloh e. V.

GÜTERSLOH – STADT DER BÜRGER
KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2014-2020
für die Wahl zum Rat der Stadt Gütersloh
am 25. Mai 2014

Bewegung für GÜTersloh



Bürger nah wählen:

Das Programm für die Kommunalwahl 2014

Wir Bürger wollen mitbestimmen.



BfGT

Bürger für Gütersloh

GRUNDLAGEN DES VEREINS**BfGT Bürger für Gütersloh e. V.****1. Die BfGT sorgt dafür, dass die Bürger in der Gütersloher Politik mitbestimmen.****Eine feste Größe in Gütersloh**

1999 als Zusammenschluss von politisch engagierten Gütersloher Bürgern mit dem Ziel gegründet, die Bürger in unserer Stadt direkt und wirkungsvoller als bisher mitbestimmen zu lassen, ist die **BfGT** von einem belächelten „Underdog“ zu einer festen Größe geworden. Sie wird von allen Gremien ernst genommen und wegen ihrer konstruktiven Vorschläge anerkannt. Als Sprachrohr vieler politisch interessierter Gütersloher Bürger ist die **BfGT** eine starke Kraft im politischen Geschehen der Stadt.

Im Rat der Stadt Gütersloh sind wir seit 15 Jahren das Sprachrohr der Bürgerinnen und Bürger, auch gegenüber den anderen Parteien. Bürgeranträge und -vorschläge sollen seitens der Verwaltung nicht abgeblockt, sondern ernsthaft überprüft und umgesetzt werden! Unser Name ist Programm! Die Arbeit der Verwaltung soll durch die Ratsarbeit der **BfGT** in allen Bereichen durchsichtiger und bürgerfreundlicher werden. Warum werden noch immer viele Themen im Rat hinter verschlossenen Türen erörtert? In den fünfzehn Jahren unserer Ratszugehörigkeit stellten wir immer wieder Anträge, um Themen, die uns alle angehen, in öffentlichen Sitzungen zu erörtern. Zumeist wollte die politische Mehrheit im Rat diese Offenheit nicht. Wir wollen hingegen den Sinn und Zweck, zu dem die „Bürgervertreter“ gewählt werden, tatsächlich voll erfüllen: Die Interessen der Gütersloher vertreten, Wünsche und Anregungen auf kürzestem Wege zu berücksichtigen und vor allem auch umzusetzen. Politische Entscheidungen müssen für alle Gütersloher verständlich und nachvollziehbar sein. Nach dem Motto „Für uns gibt es keine politischen Gegner, sondern im Interesse unserer Stadt nur politische Partner“ beabsichtigen die **BfGT**, weiterhin mit allen im Rat der Stadt Gütersloh vertretenen Parteien zusammenzuarbeiten und Anträge zu unterstützen, sofern diese dem Wohle der Stadt und ihrer Bürger nutzen.

2. Die BfGT will nicht kritisieren oder politische Phrasen dreschen, sondern handeln und verändern.

In dem Verein **BfGT Bürger für Gütersloh** haben sich Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gütersloh zusammengeschlossen, die sich für ihre Stadt engagieren möchten. Gemeinsam, über Parteigrenzen hinweg, möchten wir das Beste für unsere Stadt erreichen. Alle sollen sich wohlfühlen in einer Stadt, in der die Bürger mitbestimmen dürfen.

Wir kritisieren nicht nur die fehlende Transparenz sowie die schlechte Informationspolitik seitens Politik und Verwaltung, sondern wollen diese auch zum Positiven verändern.

Die Gütersloher Bürger möchten nach ihrer Meinung gefragt werden und mitbestimmen! Unvergessen bleibt das Bürgerbegehren zum Theaterneubau, der erste und erfolgreiche Bürgerentscheid in unserer Stadt: Die **BfGT**-Initiative hat erreicht, dass die Baukosten um zehn Millionen Euro gesenkt wurden. Und es gibt weitere Erfolge: Seit der Öffnung des Kreuzungsbereichs an der Stadtbücherei rollt der Verkehr wieder. Der Rathausvorplatz bleibt als multifunktionale Fläche erhalten und belebt die Innenstadt. Die pauschale Dichtheitsprüfung wurde aufgehoben, ein weiteres Plus für die Bürger unserer Stadt. Das strittige Parkraumbewirtschaftungskonzept wird überarbeitet. Beispiele unserer Arbeit zur Einbindung der Bürgerschaft.

Die intensive Unterstützung und Beratung von Bürgerinitiativen wie z. B. „Büscherplatz“, „Elterninitiative Pro KiTa“, „Initiative Heidewaldstadion“, „Interessengemeinschaft Umweltfreundliches Isselhorst“, „Pro Hallenbad“, „Pro Freibäder Gütersloh“, wird auch in der neuen Ratsperiode zu den Schwerpunkten der **BfGT** gehören.

3. Die BfGT hat immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Gütersloher.

Für die **BfGT** beginnt die Meinungsbildung und Mitbestimmung nicht erst 4 Wochen vor den Kommunalwahlen und endet erst recht nicht am Tag danach. Wir sind der Garant für „dauerhafte direkte Demokratie und Mitbestimmung“ und legen den Finger in die Wunde, reden „Tacheles“ im Rat und vertreten Ihre Interessen. Wir sind für die Bürger da, wenn sie uns brauchen! In zahlreichen wichtigen Fragen für unsere Stadt haben wir in den letzten Jahren Diskussionen moderiert, den Bürgern bei der Wahrung ihrer Interessen unbürokratisch geholfen und ihre Anliegen auf die politische Tagesordnung gebracht. Auch in der neuen Ratsperiode wird das zu unseren wesentlichen Aufgaben gehören.

4. Die BfGT wird verhindern, dass die Politik den Bürgerwillen ignoriert.

Die **BfGT** wird ein Auge auf die Ehrlichkeit der Politik haben. Wenn politische Mehrheiten im neuen Rat erneut bei übergreifenden Themen eindeutige Bürgermeinungen ignorieren (Beispiel Theaterneubau, Konsolidierungsmaßnahmen) und Anträge in diesem Zusammenhang ablehnen, werden wir die durch die Landesverfassung NRW festgeschriebenen Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden nutzen, um der Bürgerschaft weiterhin das Recht auf Mitbestimmung zu ermöglichen.

5. Die BfGT konzentriert sich auf die Kommunalpolitik für unsere Stadt und lenkt nicht durch politische Themen ab, die wir auf kommunaler Ebene gar nicht beeinflussen können.

Die etablierten Parteien diskutieren auch im Kommunalwahlkampf häufig Themen, für die der Landtag oder der Bundestag zuständig sind. Darum geht es aber im Stadtrat nicht. Wir müssen uns in unserer Stadt mit den Themen beschäftigen, die für Gütersloh wichtig sind. Die **Satzung*** (siehe Anmerkungen Seite 5) der **BfGT** schreibt fest, sich ausschließlich auf kommunalpolitische Themen zu konzentrieren, um dadurch einen effektiveren Beitrag zur Gestaltung Güterslohs leisten zu können. Aus diesem Grund werden wir auch in Zukunft weder an Kreis-/Landtags- oder Bundestagswahlen teilnehmen.

BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!

6. Die BfGT steht für Transparenz in allen Bereichen der Verwaltung und vertritt eine Politik im Sinne der Bürgerschaft unserer Stadt.

Politik im Rahmen der beschriebenen Grundsätze bedeutet für uns:

- Entscheidungen von Politik und Verwaltung dienen als oberstes Ziel den Bürgern unserer Stadt und dürfen nicht von partei-/machtpolitischen Zwängen überlagert werden.
- Entscheidungen von Politik und Verwaltung müssen bürgernah, d.h. transparent und nachvollziehbar sein.
- Beschlüsse von Politik und Verwaltung beinhalten den respektierten Bürgerwillen und erfolgen nicht auf der Grundlage parteipolitischer Ränkespiele.

Die **BfGT** werden den Bürgern unserer Stadt ein Forum bieten, damit auch nach der Wahl noch Ansprechpartner zur Verfügung stehen, um Anregungen, Probleme, Ängste, Sorgen und Nöte der Bürger aufzugreifen und daraus konkrete Schritte abzuleiten.

Als Partner der Bürger werden wir Sie auch im neuen Rat mit allem Nachdruck vertreten.

Die **Bürger für Gütersloh** sind richtig aufgestellt: Keine verkrustete Partei, sondern ein klares Bekenntnis zu Bürgernähe mit lokalen, nachvollziehbaren Themen.

BfGT sind nicht...	...sondern vielmehr...
... eine von vielen Parteien, die an die Macht wollen...	... eine Gruppierung, die die Bürger mitbestimmen lassen will.
... ein Absender vollmundiger Versprechungen...	...diejenigen, die ihr Wahlprogramm einhalten.
...Bürokraten, die Politik als Verwaltungsaufgabe verstehen...	...Menschen, für die Politik ein Mittel zur Aushandlung und Durchsetzung gemeinsam definierter Ziele ist.
...Generalisten ohne Blick für die konkreten Sorgen der Menschen...	...Realisten mit stetigem Bezug zum Alltag in Gütersloh.
...angewiesen auf das Wohlwollen der Verwaltung...	...verstehen sich als selbstbewusster, unabhängiger Dienstherr der Verwaltung.
...eingebunden in eine starre Partei-Struktur...	...unabhängig und nur den Wählern verantwortlich.
...Anhänger einer einseitigen Ideologie oder Lobbyist für einzelne Interessengruppen...	...sind für alle Bürger da und verbinden liberale, wertkonservative, soziale und ökologische Ansätze so, dass etwas dabei herauskommt.
...Besserwisser, die sich am liebsten selbst reden hören...	...hören gut zu und benutzen den gesunden Menschenverstand.

Die BfGT hört gut zu und ist die Einzige, die Bürgers Stimme als das oberste Gebot der Politik betrachtet.

BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!

Ihre Ziele sind nicht verklausulierte Allgemeinplätze, sondern handfeste Verbesserungen für das Leben der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gütersloh.

15 JAHRE RATSARBEIT der BfGT in der Stadt der Bürger

15 Jahre Ratsarbeit der **BfGT** stehen für mehr Transparenz in politischen Prozessen und Verwaltungsarbeit. Der Maßstab, den wir hier anlegen, gilt selbstverständlich auch für unsere eigene Arbeit. Lassen Sie sich überzeugen von der **TRANSPARENZ unserer Arbeit:**

Auf der **BfGT**-Homepage und in den sozialen Netzwerken informieren wir ausführlich über die Arbeit der Fraktion sowie des Vereins. Transparenz und Informationen für die Bürger sind uns wichtig! Wir aktualisieren unsere Homepage nicht nur vor den Wahlen, sondern informieren Sie seit Beginn unserer Ratsarbeit über Neuigkeiten aus dem Rathaus. Wir stellen unsere Anträge ins Netz, setzen Links zu den Protokollen, damit Sie nachverfolgen können, ob wir unsere Wahlaussagen auch eingehalten haben bzw. welche Anträge angenommen und welche Vorhaben von der politischen Mehrheit abgelehnt wurden. Auch nach den Wahlen werden Sie aktuelle Informationen, frühzeitige Bekanntgabe von Verwaltungsvorhaben und vieles mehr auf unserer Seite finden können.

Unsere Wahlprogramme von 1999, 2004 und 2009 sind ebenfalls abrufbar. Überprüfen Sie unsere Aussagen. Rufen Sie die Entscheidungen und Stellungnahmen der jeweiligen Fraktionen ab. Die Protokolle von Rats- und Ausschusssitzungen finden Sie im Internet auf der städtischen Homepage www.guetersloh.de. Vergleichen Sie die Arbeit der Fraktionen mit den Wahlaussagen der Parteien aus dem Jahr 2009. Sie werden gravierende Unterschiede zwischen den anderen Parteien und der **BfGT** feststellen. Bilden Sie sich selbst Ihre Meinung.

Unsere Satzung* finden Sie ebenfalls auf der **BfGT**-Homepage. Wünschen Sie Druckversionen, dann wenden Sie sich bitte an uns.

Lassen Sie sich also kein X für ein U vormachen. Studieren Sie sorgfältig die Wahlprogramme aller Parteien und Wählergemeinschaften, die sich mit ihren Kandidaten um die Ratsmandate im Rahmen der Kommunalwahl 2014 bewerben.

Mit derzeit 114 Mitgliedern ist die **BfGT** hinter der CDU und der SPD drittstärkste politische Vereinigung in der **Stadt der Bürger**.

Warum soll das nicht auch für den neuen Rat gelten?

**Optimistisch gehen wir, die BfGT, in die Kommunalwahl 2014!
Treffen Sie für sich und die Stadt der Bürger
am 25. Mai 2014
die richtige Wahl.**

Ein nach Alphabet geordnetes Stichwortverzeichnis gibt Ihnen einen Überblick über unser Wahlprogramm. Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Vielfältige Themen der
Bürger für Gütersloh e. V.
für die Stadt der Bürger

A bitur
A lternative Kulturspielstätten
A uftragsvergaben
A usländische Mitbürger/Migranten
B adesee
B äderpreise
B auunterhaltung
B ehindertenbeirat (s. unter Soziales)
B ehinderte und benachteiligte Schüler
B eschwerdemanagement
B ildungspolitik
B lessenstätte (s. unter Innenstadt – Zentrum)
B ürgeranregungen
B ürgerbegehren
B ürgerbeteiligung
B ürgerentscheid
B ürgerhaushalt (s. unter E-Government)
B ürgerumfragen
B ürokratieabbau (s. unter Verwaltung)
B usfahren (s. auch ÖPNV)
C ontrolling
D emographie
E -Government
E rneuerbare E nergien (s. unter Klimaschutz)
E hrenamtliches Engagement
F amilien
F einstaub (s. unter Umwelt)
F inzen
F lächenverbrauch
F lughafen (s. unter Konversion)
F örderung von Fördervereinen in Schu-

len und Kitas
F reizeit
G ewerbegebiete
G üterbahnhof
G utachten
G rünflächen (s. unter Umwelt)
H aushalt
H ochschulstandort
H omepage (s. unter Transparenz))
I nnenstadt – Zentrum
I nkclusion
I nnenstadtsporthalle
I nstandhaltung
I nvestitionen
J ugendliche
J ugendparlament (s. unter Jugendliche)
J ugendamtselternrat
K ernaufgaben der Verwaltung (s. unter Verwaltung)
K inder (s. unter Familie, Kinder und Jugend)
K iTas
K irmes(s. unter Freizeit)
K onsolidierung
K onversion
K reisverkehre
K ultur
K ulturprogramm
K ulturräume (s. unter Kulturvielfalt)
K ulturvielfalt
N aherholung (s. unter Konversion)
N ichtöffentliche Sitzungen (s. unter Verwaltung)

O pen Data (Verwaltungstransparenz)
Ö PNV (s. unter Stadtwerke)
O ffene Ganztagsgrundschule (s. unter Schulen)
O rtsteile
P arkgebühren und Parkraumbewirtschaftungskonzept (s. unter Innenstadt - Zentrum)
P opulismus (s. unter Finanzen)
R andstundenbetreuung (s. unter Schulen)
R at und Ausschüsse
S aubere Luft (s. unter Umwelt)
S chulbibliotheken
S chülerbeförderung per Bus
S chulden tilgung
S chulen
S chulsozialarbeit
S enioren
S icherheit
S iedlungsgebiete
S kater (s. unter Freizeit)
S oziales

S ozialraumarbeitsgemeinschaften
S parkasse
S pielplätze
S pielstraßen
S port
S tadtbibliothek
S tadtentwicklung
S tadtmarketing
S tadtschulpflegschaft
S tadtwerke
S treetworker (s. unter Soziales)
T heaterneubau
T heaterparkhaus
T ransparenz (s. auch unter Open Data)
T WE
U mwelt
V erkehrsführung (s. unter Innenstadt - Zentrum)
V erwaltung
W irtschaftsförderung
Z ivilcourage (s. unter Sicherheit)

ABITUR in der Stadt der Bürger

Jedes Kind sollte für eine zu ihm passende Bildungskarriere die bestmöglichen Voraussetzungen vorfinden. Dazu gehört eine faire Chance für alle, das Abitur zu erreichen. Diese faire Chance gibt es im klassischen System mit Haupt-, Realschule und Gymnasium nicht, denn die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen ist zu gering. Der Schlüssel zu fairen Bildungschancen liegt in der Vielfalt. Die Bedürfnisse von Kindern und Eltern sind vielfältig, und entsprechend muss es viele Wege zum Abitur geben. Dann kann es auch gelingen, die Abitur-Quote, die in Gütersloh immer noch leicht unter dem Landesdurchschnitt liegt, weiter zu erhöhen.

Auf dem Weg zu mehr Durchlässigkeit und Vielfalt der Bildungswege spielen in Gütersloh die Gesamtschulen eine entscheidende Rolle. Für das Gymnasium sollte an G8 und dem Abitur nach 12 Jahren festgehalten werden; für alle, denen dies zu schnell geht, bietet die Gesamtschule die Alternative der 13 Schuljahre. Bei nicht jedem Kind zeigen sich Potenziale und Begabungen bereits nach 4 Grundschuljahren – gerade für diese Kinder ist das gemeinsame Lernen in Gesamtschulen die ideale Alternative. Und wenn ein Kind Schwierigkeiten mit der 2. Fremdsprache in der 6. Klasse des Gymnasiums hat, dann kann es dies in der Gesamtschule in einer höheren Klasse tun. Gymnasium und Gesamtschule – vielfältige Wege für vielfältige Bedürfnisse.

Ziel der **BfGT** ist es daher, den Weg zum Abitur über die Gesamtschulen zu fördern und zu einer gleichwertigen Alternative zum Gymnasium zu machen. Verwaltung und Politik sollten Aufklärungsarbeit über die Option Gesamtschule leisten. Der Gesamtschulsektor ist in Gütersloh auszubauen, ggf. auch zu Lasten der Schulformen Haupt- und Realschule, wenn diese in der bisherigen Form von den Bürgern nicht mehr angenommen werden.

ALTERNATIVE KULTURSPIELSTÄTTEN in der Stadt der Bürger

Die **BfGT** setzt sich weiterhin für eine Ausweitung auch auf ungewöhnliche Spielstätten ein (Parkbad, Wapelbad, Freilichtbühne Mohnspark, Nordbad, Busdepot, Heidewaldstadion, Turnhalle Ost, TWE-Anlagen, Güterbahnhof, Spexarder Bauernhaus, Fabrikhallen etc.), um den Bürgern mehr Anreize für den Besuch von Kulturveranstaltungen zu bieten. Es gibt immer mehr Künstler, Ensembles und Bühnen, die weder große Bühnen und Dekorationen, noch aufwendige technische Installationen benötigen, um beeindruckendes Theater zu gewährleisten, das auf seine Ursprünge – die Schauspielerei – zurückgefahren, deshalb umso intensiver wirkt.

AUFTRAGSVERGABEN an Unternehmen/Dienstleister in der Stadt der Bürger

Sofern Aufträge von der Verwaltung freihändig vergeben werden können und nicht einer Ausschreibung unterliegen, sollten Gütersloher Unternehmen/Dienstleister etc. bevorzugt und vorrangig behandelt werden.

AUSLÄNDISCHE MITBÜRGER in der Stadt der Bürger

In unserer Stadt wohnen 11,12 % (10.862) ausländische Mitbürger aus über 100 Staaten. 33,3 % der in Gütersloh lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund (Quelle: Ausländerstatistik der Stadt Gütersloh, Stand per 31.12.2013).

Die **BfGT** ist offen für alle Menschen, die in unserer Stadt ihr Zuhause haben. Wir profitieren von der kulturellen Vielfalt und sind dafür bereit, andere Lebensauffassungen zu akzeptieren. Genau das erwarten wir jedoch auch von unseren ausländischen Mitbürgern, wie auch die Rücksichtnahme auf Andere, um ein friedliches Miteinander zu gewährleisten.

Hilfestellung, sich hier in der deutschen Gesellschaft zurechtzufinden, bieten wir gerne an und dürfen uns dabei jedoch nicht auf die Sprachförderung allein verlassen. Dieses Angebot sollte jedoch auf Gegenseitigkeit beruhen und auch angenommen werden.

Die Mitglieder des Rates für Integration wurden nur von ca. 7% der wahlberechtigten ausländischen Mitbürger gewählt. Ein Gremium, das die Belange der Migranten wahrnehmen möchte, sollte möglichst auch ein breites Spektrum vertreten. Eine wichtige Voraussetzung für enge Zusammenarbeit und Abstimmung der relevanten Themen.

Die **BfGT** wird sich weiterhin mit den ausländischen Mitbürgern, Migranten, Vereinen und Institutionen zusammensetzen, um mit ihnen gemeinsam wichtige Themen aufzugreifen und Vorstellungen und Ziele eines friedvollen Miteinanders zu erörtern. Auch werden wir uns dafür einsetzen, dass ihnen preiswerte Veranstaltungs- und Tagungsräume zur Verfügung stehen.

BADESEE in der Stadt der Bürger

Seit vielen Jahren setzt sich die BfGT für die öffentliche Nutzung des Baggersees ein. Nach dem Eigentümerwechsel wurde der Baggersee jedoch an den Sportfischer-Club Gütersloh verpachtet. Im Rahmenplan Blankenhagen ist allerdings weiterhin die Möglichkeit des Badesees als Folgenutzung des Sandabbaus vorgesehen. Eine Realisierung des seit vielen Jahren diskutierten und im Grunde von fast allen Fraktionen gewünschten Badesees würde eine Lücke im Gütersloher Freizeitangebot schließen.

BÄDERPREISE in der Stadt der Bürger

Die drastischen Veränderungen im Tarifsysteem der Gütersloher Bäder sind aus Sicht der **BfGT** familienunfreundlich und sozial unverträglich. Die **BfGT** begleiteten die Initiative Pro Freibäder und führten gemeinsam mit ihnen verschiedene Aktionen durch. In den letzten beiden Jahren führte die Änderung des Tarifsystems dazu, dass die Schwimmbäder weniger Besucher zu verzeichnen hatten. Trotzdem blieb nach Aussage des Geschäftsführers der Stadtwerke der Umsatz stabil – aufgrund der Erhöhung der Preise. Die **BfGT** sind der Meinung, dass gerade der Eintritt in Frei- und Hallenbäder für die Breite der Bevölkerung erschwinglich sein muss. Eine Preispolitik, die bei sinkenden Besucherzahlen gleichbleibende Umsätze erzielt, darf hier nicht das Ziel

sein. Das sind Gewinnoptimierungsgedanken, die nicht in das Bild einer familienfreundlichen Stadt passen.

BAUUNTERHALTUNG öffentlicher Gebäude in der Stadt der Bürger

In den letzten Jahren hat sich die **BfGT** vehement dafür eingesetzt, dass die Mittel für die Bauunterhaltung öffentlicher Gebäude (z.B. Kindergärten und Schulen) nicht gekürzt werden. Nur scheinbar viel Geld wurde in die Renovierung städtischer Immobilien inkl. ihrer Außenanlagen investiert. Die **BfGT** ist der Meinung, dass diese Investitionen nicht ausreichen. Die Gebäude im städtischen Immobilienbestand weisen weiterhin einen hohen Investitionsstau auf, der gleichzeitig Wertverlust bedeutet. Betriebssicherheit und Aufenthaltsfreundlichkeit städtischer Immobilien haben höchste Priorität. Hier sollte zukunftsorientiert gehandelt werden.

Die **BfGT** setzen sich weiterhin dafür ein, den Verkauf unrentabler, nicht benötigter Gebäude zu forcieren. Erwirtschaftete Mittel sollten dann in renovierungsbedürftige Gebäude investiert werden.

BEHINDERTE UND BENACHTEILIGTE SCHÜLER in der Stadt der Bürger

Im Wahlprogramm 2009 forderten die **BfGT** mehr Integration statt Separation für behinderte und benachteiligte Schüler. Fünf Jahre später ist Inklusion aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention in aller Munde. Nun gilt es, die Einrichtung von Kindertageseinrichtungen und Schulen bedarfsgerecht anzupassen. Hierbei werden auf die Stadt Gütersloh unvermeidbare Investitionen zukommen, insbesondere für Barrierefreiheit und zusätzliche Klassen- und Fachräume zur Differenzierung. Die **BfGT** fordern den verantwortungsbewussten Umgang mit Inklusion im Sinne der betroffenen Kinder und ihren Familien.

Inklusion hat in einem breiten Verständnis aber noch andere Facetten. So gilt es, Konzepte zu entwickeln, die der Vermeidung von Sonderschulbedürftigkeit dienen. Schulsozialarbeit muss es sich zur Aufgabe machen, mit den Schulen und den Lehrkräften gemeinsam der Schulmüdigkeit und dem Schulversagen entgegen zu wirken.

Darüber hinaus halten die **BfGT** jedoch auch die Begabtenförderung für einen sehr wichtigen Bestandteil eines Förderungskonzepts. So vertreten die **BfGT** die Auffassung, dass Begabtenförderung vom Kindergarten über Schule bis zur Berufsfindung passieren muss. Der Schlüssel zu guter Bildung liegt grundsätzlich in der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler, verschiedene Gruppen sollten hier nicht gegeneinander ausgespielt werden.

BESCHWERDEMANAGEMENT in der Stadt der Bürger

Bürger, die mit Verwaltungsleistungen oder auch dem persönlichen Umgang mit dem „Kunden als Auftraggeber“ nicht zufrieden sind, wissen selten, bei wem sie sich beschweren dürfen.

Weder die installierte E-Mail-Adresse noch das existierende städtische „Ideen- und Beschwerdemanagement“, mit dem Vorschläge, Anregungen und Kritik per Telefon,

Internet oder schriftlich direkt in eine der Boxen im Eingangsbereich des Rathauses abgegeben werden können, reichen aus.

Die Einrichtung eines „echten“ Beschwerdemanagements würde zu einem anderen Verständnis zwischen Bürgern und unserer Administration führen. Die Partnerschaft mit der Verwaltung, die sich selbst in der Rolle eines modernen Dienstleistungsunternehmens sieht, ist eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz beider Seiten.

Ein Beschwerdemanagement kann helfen, inhaltliche und organisatorische Schwachstellen in der Verwaltung, in Einrichtungen der Kommunen oder an anderer Stelle aufzudecken. Im Mittelpunkt unseres Verständnisses steht die Partnerschaft zwischen den Bürgern und der Verwaltung. Eine solche Initiative setzt allerdings den Einsatz hierfür besonders geeigneter Mitarbeiter voraus.

BILDUNGSPOLITIK in der Stadt der Bürger

In den Schulen entscheidet sich die Zukunft Güterslohs: Sie sind der Ort, der mit darüber bestimmt, ob unsere Kinder eine Zukunftschance erhalten und an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben können. Dort werden die Grundlagen für die Ausbildung der in Zukunft benötigten Fachkräfte gelegt. Gütersloh braucht gute Schulen.

Große Teile der Schulpolitik werden vom Land NRW bestimmt, so z.B. die Lehrpläne. Aber auch in Gütersloh können wir gestalten, und diesen Spielraum wollen die **BfGT** besser nutzen als bisher. Was macht eine gute Schule aus? Eine gute Schule muss zuallererst individuelle Wege und Geschwindigkeiten für die Schüler ermöglichen. Die Schülerschaft wird immer vielfältiger, mit der Umsetzung der Inklusion von behinderten Schülern sogar noch mehr. Die **BfGT** sehen diese Vielfalt als Chance, die dann genutzt werden kann, wenn Schüler nach ihrem Leistungsniveau, ihren Bedürfnissen und Interessen individuell gefördert werden. Am besten funktioniert das in einer Ganztagschule; ganztägiger Schulbesuch sollte zum Normalfall werden.

Was ist in Gütersloh zu tun, um dieses Ideal zu verwirklichen? Aufgrund der Landesvorgaben für Lehrpläne u. ä. können wir in Gütersloh vor allem an den Rahmenbedingungen für Schule arbeiten. Schule muss mehr als ein Ort sein, an dem man Wissen paukt – Schule ist ein sozialer Ort. Offener Ganztag im Grundschulbereich ist an einem solchen Ort keine Nachmittagsverwahrung, sondern ein Teil des Lernprozesses, in dem sich Entspannung, Musik, Sport und andere Aktivitäten abwechseln und zusammen mit dem Unterricht ein Gesamtkonzept ergeben. Dies geht nur mit angemessener räumlicher und finanzieller Ausstattung, nicht in überfüllten Räumen. Die Schulsozialarbeit muss integraler Bestandteil des Schullebens sein und in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Da das Geld vom Bund dafür wegfällt, ist hier die Stadt gefragt. Die Reinigung der Schulgebäude und der sichere Schulweg (mit ausgebauten Radwegen und ohne überfüllte Busse) sollten zwar Selbstverständlichkeiten sein, das ist aber leider in Gütersloh nicht immer der Fall. Hier ist Abhilfe zu schaffen. Nicht zuletzt sei auf die Vor-Ort-Versorgung mit Büchern und Medien hingewiesen, die durch die anhaltenden Kürzungen bei der Stadtbibliothek gefährdet ist. Es darf deshalb keine Kürzungen bei der Stadtbibliothek mit ihren Schulbibliotheken mehr geben.

Schließlich noch ein Wort zur Schulstruktur: Ideologische politische Debatten über die Notwendigkeit von Hauptschulen, über die Vorteile von Gesamtschulen oder Gymnasien sind überflüssig – es gibt ohnehin eine Abstimmung der Eltern und Kinder mit den Füßen. Die **BfGT** sind angetreten, um den Willen der Bürger politisch zum Tragen zu bringen, und das gilt auch hier. Die Strukturen müssen sich möglichst flexibel dem Wunsch der Gütersloher nach dem Besuch bestimmter Schulformen anpassen. Wenn also in Gütersloh keine Hauptschulen mehr nachgefragt werden, dann sind diese aufzulösen und in den anderen Schulen bessere Bedingungen für individuelles Lernen zu schaffen (gerade auch in den Gesamtschulen). Wenn dies gelingt, wird die Schulform ohnehin zweitrangig.

BÜRGERBETEILIGUNG in der Stadt der Bürger

Besonders vor Wahlen reden alle Parteien von aktiver Bürgerbeteiligung, von stärkerer Einbeziehung der Ideen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse. Es scheint als entdecken die etablierten Parteien immer wieder erst am Ende der Ratsperiode den Bürger. Warum? Die **BfGT** hat sich in unserer Stadt als Vorreiter für „direkte Demokratie und Mitbestimmung“ entwickelt. Eine Art der Bürgerbeteiligung, die für die etablierten Parteien in Gütersloh lange Zeit undenkbar war, in den letzten Jahren aber in mündlicher Proklamation immer öfter aufgegriffen wird.

Trotzdem gibt es immer noch einen gravierenden Unterschied der **BfGT** zu den etablierten Parteien. Die etablierten Parteien reden nur darüber. Wir reden nicht nur über Bürgerbeteiligung, sondern wir leben Bürgerbeteiligung und setzen uns tagtäglich dafür ein.

- **Bürgeranregungen**

Die **BfGT** hat in den vergangenen Jahren viele Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften in Gütersloh unterstützt. Dabei war es für die **BfGT** nie wichtig, sich in den Vordergrund zu stellen. Allein das Ziel vor Augen wussten meistens nur die Mitglieder der jeweiligen Interessengruppen oder Arbeitsgemeinschaften um unser Engagement.

Die **BfGT** werden auch weiterhin Hilfestellung geben, Bürgeranregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW zu stellen. Wir wollen für dieses Instrument der politischen Mitwirkung auch weiterhin werben und Mitbürgerinnen und Mitbürgern unsere Hilfestellung anbieten, um ihre Anliegen in eine korrekte Form zu bringen und sie dadurch an der lokalen politischen Diskussion teilhaben zu lassen. Wir werden uns dafür engagieren, dass Anträge schneller bearbeitet werden und nicht erst den Instanzenweg durch die Ausschüsse nehmen müssen.

- **Bürgerbegehren und Bürgerentscheide**

Die **BfGT** werden weiterhin Bürgerbegehren und Bürgerentscheide initiieren, wenn politische Mehrheiten im Rat den Bürgerwillen nicht erkennen wollen und über die Köpfe der Bürgerschaft hinweg Entscheidungen treffen, die von der Mehrheit der Gütersloher nicht getragen werden.

Gerade dieses Mittel demokratischer Mitbestimmung gibt vielen Menschen wieder das Gefühl, sich doch an der Gestaltung, Planung und Weiterentwicklung beteiligen zu können.

In unserer Stadt wollen die Bürger nicht nur informiert werden, sie wollen auch mitbestimmen!

- **Bürgerumfragen**

Im Vorfeld von Beschlüssen könnten Bürgerumfragen die Entscheidungen besonders im Planungsbereich erleichtern und den Bürgerinnen und Bürgern zu weiterer Einflussnahme verhelfen. E-Government (s. auch Punkt E-Government) oder Bürgerworkshops wären hier realistische Durchführungshilfen.

Auch zum Thema Bürgerumfragen sind Anträge der **BfGT** bisher abgelehnt worden, doch werden wir uns weiterhin intensiv dafür einsetzen, dass auch dieses Instrument für verstärkte Bürgerbeteiligung genutzt wird.

Die **BfGT** setzt sich dafür ein, in Gütersloh ein Vorschlagswesen einzuführen, bei dem jeder Einwohner Ideen und Anregungen einreichen kann. Sollten durch diese Vorschläge Arbeitsabläufe effizienter gemacht werden können und somit Kosten eingespart werden können, so ist eine angemessene Prämie an die Einreichenden zu zahlen.

BUSFAHREN in der Stadt der Bürger (s. auch ÖPNV)

Die **BfGT** unterstützen den Vorschlag des „Busfahrens für 1 €“.Ähnliche Projekte – sogar kostenloses Fahren - finden bereits in Hasselt (Belgien) und Chateauroux (Frankreich) statt und haben dort neben der Reduzierung des Individualverkehrs und somit des CO2-Ausstoßes noch zu weiteren Vorteilen geführt: Mobilität aller Einwohner wurde garantiert, die Attraktivität der Innenstadt wurde erhöht usw.

So hat sich in Hasselt in den vergangenen Jahren durch das kostenlose Buskonzept die Fahrgastzahl im Durchschnitt verzehnfacht, in Chateauroux verdreifacht. Die noch höhere Akzeptanz des Hasselter Konzepts durch die Bürger liegt wahrscheinlich darin begründet, dass es nicht nur das kostenlose Busfahren beinhaltet, sondern dass darin außerdem umfassende Überlegungen für ein Fahrrad-, Fußgänger- und Parkkonzept formuliert wurden.

Die **BfGT** sieht in Anlehnung an dieses Konzept für unsere Stadt die Chance, ein Zukunftsthema mit Lösungen und nicht mit Bedenken zu besetzen. Ein außerordentlicher Imagegewinn weit über die Grenzen unserer Stadt könnte die Folge sein. Unsere Stadt sollte die Chance nutzen.

CONTROLLING in der Stadt der Bürger

Die Stadt Gütersloh hat sich bereits vor vielen Jahren dem sogenannten „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ verpflichtet. Mit diesem Ansatz setzt sich die Stadt in ihrem Haushalt und über Entwicklungspläne inhaltliche Ziele, macht diese messbar und kontrolliert, ob die Zielwerte erreicht werden. Sowohl die Leistungen der Stadt als auch die damit verbundenen Kosten sollen dadurch für die Bürger transparent wer-

den. Klare Ziele ermöglichen ein Controlling, d.h. eine Überprüfung der Qualität der Arbeit der Verwaltung.

Dieser Ansatz ist richtig und findet die volle Unterstützung der **BfGT**. Wir werden uns in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass er in Gütersloh noch konsequenter umgesetzt wird. In der vergangenen Ratsperiode war zum Beispiel festzustellen, dass einige von der Stadt vorgelegte Entwicklungspläne entgegen ihres eigentlichen Zwecks überhaupt keine messbaren Ziele enthielten. Wie soll dann ein Controlling den Erfolg überprüfen können, wenn man über eine bloße Bestandsaufnahme in der Planung nicht hinauskommt?

Die **BfGT** wird hier weiter den Finger in die Wunde legen und eine konsequente und professionelle Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements in der alltäglichen Arbeit der Verwaltung einfordern. Wir werden uns im Rat und in den Ausschüssen des Rates dafür einsetzen, die Wirkungen von Politik und Verwaltungstätigkeit durch messbare Ziele durchschaubar zu machen. Politik und Verwaltung müssen Rechenschaft darüber ablegen, ob sie ihre Qualitätsziele erfüllen oder nicht.

DEMOGRAPHIE in der Stadt der Bürger

Zwar trifft die Stadt Gütersloh der demographische Wandel nicht so hart wie andere Kommunen, dennoch gilt es, sich dem Wandel zu stellen. So wird die Zahl der Bevölkerung in Gütersloh bis 2030 um 3,1 Prozent sinken. Dabei steigt die Zahl der über 80-Jährigen um knapp 50 Prozent. Die **BfGT** haben sich selbst verpflichtet, bei jeder zu treffenden Entscheidung die Herausforderung des demographischen Wandels im Blick zu behalten.

E-GOVERNMENT / BÜRGERHAUSHALT für die Stadt der Bürger

Bei dem Projekt mit dem Namen „e-Participation“ oder „e-Government“ hätten die Bürger unserer Stadt die Möglichkeit, sich aktiv an der Haushaltsplanung zu beteiligen. Sie könnten Vorschläge über eine elektronische Plattform eingeben, diskutieren und bewerten.

Über den Haushalt unserer Stadt werden bildungspolitische, ökonomische, kulturelle, soziale und städtebauliche Maßnahmen finanziert. Es wird festgelegt, wohin die Gelder unserer Stadt und somit auch die Steuergelder der Bürger fließen. Kommunen sind in Deutschland seit jeher dazu verpflichtet, ihre Haushaltsplanung offen zu legen und Anregungen und Einwände der Bürger entgegen zu nehmen.

Die **BfGT** hat sich intensiv für einen Bürgerhaushalt eingesetzt. Nach leider enttäuschender Teilnahme seitens der Bürgerschaft wurde das im Grunde genommen gute Beteiligungskonzept jedoch auf ein Minimum zurückgefahren. Ziel bleibt es, die Bürger vermehrt zur aktiven Teilnahme zu bewegen, damit die Aufstellung des städtischen Haushaltes wieder gemeinsam mit den Bürgern erfolgen kann.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT für die Stadt der Bürger

Gütersloher engagieren sich seit vielen Jahren in zahlreichen Initiativen, Vereinen etc. Das städtische Sozial-Leben ist ohne Ehrenämter nicht denkbar. Der **BfGT** ist es auch

künftig wichtig, diesen Dienst an der Gemeinschaft und eine entsprechende Anerkennungskultur zu fördern.

Die **BfGT** wünschen sich mehr und nicht weniger Bürgerbeteiligung und bedanken sich bei den vielen Initiativen, die sich betätigen und sich für den Erhalt und die Verbesserung unserer Stadt einsetzen.

Unser Antrag, ehrenamtlich tätigen Mitbürgern eine Anerkennung für ihre Tätigkeit zukommen zu lassen und somit einen Anreiz zu schaffen, sich weiter ehrenamtlich zu engagieren, ist angenommen worden. Wir werden uns für eine Ausweitung der Anerkennungen einsetzen.

FAMILIEN, KINDER UND JUGEND in der Stadt der Bürger

Familien erbringen nicht unerhebliche Leistungen für die Kommune und die Gesellschaft. Familien sind wichtig für unsere Stadt. Untersuchungen haben ergeben, dass der demographische Wandel unsere Stadt nicht so sehr treffen wird wie vergleichbare Städte. Trotzdem darf auch eine Kommune wie Gütersloh nicht tatenlos zuschauen, sondern muss aktiv werden. Die **BfGT** unterstützen die Bemühungen der Verwaltung, unsere Stadt möglichst familienfreundlich zu gestalten.

So haben die **BfGT** aktiv zum Beitritt des Gütersloher Bündnis für Erziehung zur Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ beigetragen. In seinen Leitzielen formuliert das Gütersloher Bündnis für Familie u.a., dass es sich für Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Stadt Gütersloh engagiert.

Die Umsetzung muss und soll nicht vorrangig ausschließlich über städtische Einrichtungen geschehen. Vielmehr sollten wir die Kompetenz und Erfahrung der in Gütersloh tätigen Jugend- und Wohlfahrtsverbände (Freie Träger) stärker nutzen und sie zu gleichwertigen Partnern in der Kinder- und Jugendarbeit machen. Denn: Eine moderne Jugend- und Sozialpolitik hat die Aufgabe, Unterstützung zielgenau anzubieten.

Die **BfGT** sprechen sich auch weiterhin dafür aus, dass das Sparen in unserer Stadt im Kinder- und Jugendbereich nicht fortgesetzt wird, so dass Förderungen für Ferienfreizeiten nicht wegfallen, Kindergärten bzw. Gruppen nicht geschlossen werden und Schulen baulich nicht verkommen.

Wenn wir wollen, dass wieder mehr Kinder in unserer Stadt aufwachsen, dann sollten wir ein kinderfreundliches Gütersloh schaffen, das Eltern und ihren Kindern das Gefühl gibt, dass Sie bei uns willkommen und gut versorgt sind.

Die **BfGT** setzt sich dafür ein, die KiTa-Beiträge zu senken, den Jugendlichen mehr Freizeitmöglichkeiten zu geben und den Skaterplatz wieder herzustellen. Um Familien zu unterstützen, sind auch die Bäderpreise wieder familienfreundlich zu gestalten. Wir werden weiterhin dafür plädieren, Vertretern von Elternschaften, Schülergremien sowie dem Jugendparlament Mitsprache in den zuständigen Ausschüssen wie z.B. Bildung und Jugendhilfe zu gewähren.

FAMILIENFREUNDLICHKEIT in der Stadt der Bürger

Der Rat der Stadt Gütersloh hat 2012 bis auf die Gegenstimmen der **BfGT**-Ratsfraktion einstimmig für die Teilnahme am Auditierungsverfahren zur familienfreundlichen Kommune Gütersloh gestimmt. Nicht, weil wir gegen Familienfreundlichkeit sind, sondern weil wir diese Auditierung als Show-Veranstaltung erlebt haben. Das Interesse, das im Audit verliehene Siegel zu erhalten, trat in Gütersloh vor das Interesse, wirklich etwas für Familien zu bewegen. Wir schätzen die Wirkung der Auditierung eher so ein, dass man sich nun zufrieden zurücklehnt, statt echte Maßnahmen für Familien zu planen und umzusetzen.

Die **BfGT** fordert, das Auditierungsverfahren nicht weiter zu verfolgen und auf eine Re-Zertifizierung zu verzichten, dadurch die Verwaltung zu entlasten und die gesparten Ressourcen für familienfreundliche Maßnahmen zu verwenden. Stattdessen fordern wir ein „family mainstreaming“: Verwaltung und Politik müssen sich bei jeder Entscheidung überlegen, welche Auswirkungen diese auf Familien hat.

FINANZEN in der Stadt der Bürger

Sobald die **BfGT** einzelne Einnahmen- und Ausgabenposten des Haushalts kritisieren, wird den Fraktions- und Ausschussmitgliedern immer wieder Populismus vorgeworfen. Die **BfGT** werden nicht müde zu betonen, dass v.a. ihre Prioritäten hinsichtlich der Ausgaben oftmals andere sind als die der Mehrheitsfraktionen. So stimmten die **BfGT** z.B. gegen die teure Verlegung des Stadthalleneingangs. Das Wahlprogramm der **BfGT** zeigt viele Möglichkeiten auf, wofür dieses Geld hätte besser ausgegeben werden sollen. Das ist nicht populistisches, sondern vielmehr bürgernahes Verhalten.

FLÄCHENVERBRAUCH in der Stadt der Bürger

Ein eindeutiges Votum zur Reduzierung des Flächenverbrauchs hat die **BfGT** mit ihrer Zustimmung zu den Landesvorgaben im Rahmen der Aufstellung des Landesentwicklungsplans abgegeben. Die Verhinderung der Siedlungsausbreitung im Außenbereich, der Grundsatz einer nachhaltigen Stadt, die Wiedernutzung von Freiflächen und die flächensparende Siedlungsentwicklung gehören zu den wichtigen Aufgaben der Zukunft. Um Umwelt- und ressourcenschonende Flächen auszuweisen, wird sich die **BfGT** im Rahmen der Gewerbeflächenentwicklung auch weiterhin für interkommunale Zusammenarbeit aussprechen.

FÖRDERUNG VON FÖRDERVEREINEN für Schulen + KiTAS in der Stadt der Bürger

Was wären die Schulen und Kindertagesstätten unserer Stadt ohne die Fördervereine. Von der Renovierung der Räumlichkeiten bis zur Versorgung mit Toilettenpapier springen die Fördervereine mit privaten Mitteln dort ein, wo die Mittel der Verwaltung knapp werden bzw. sogar manchmal nicht mehr ausreichen. Der Fachbereich Jugend verfügt über einen so genannten Initiativfond, aus dem bisher hauptsächlich die Sozialraumarbeitsgemeinschaften Mittel abrufen konnten. Die jährlich neu bereitzustellenden Gelder werden jedoch nicht immer vollständig beansprucht. Auf Antrag der

BfGT steht der Initiative für den Förderverein inzwischen auch für die Fördervereine zur Verfügung. Unbürokratisch werden Anträge bearbeitet und die Auszahlung für Unterhaltung und Ausstattung kurzfristig vorgenommen. Eine weitere Stärkung der Fördervereine gehört zu unseren wichtigen Aufgaben der neuen Ratsperiode.

FREIZEIT in der Stadt der Bürger

Bei einer Verbesserung der Haushaltslage wird sich die **BfGT** für die Erhöhung von Zuschüssen zu Jugendfreizeiten der freien Träger einsetzen.

In den Ortsteilen können „Klein-Spielfelder“ wie Mühle, Dame, Schach für Erwachsene zu Treffpunkten werden. Private Initiativen dieser Art sollen finanziell oder durch Mitarbeit des Fachbereichs Grünflächen unterstützt werden. Wohnortnahe kleine Skateranlagen und Bolzplätze für ältere Kinder und Jugendliche bieten ideale Voraussetzungen, die Spielplätze für Kleinkinder zu entlasten und mehr Freiraum für die Jüngeren zu gewährleisten. Wegstrecken für Inlineskater und Laufstrecken werden die Freizeitmöglichkeiten im direkten Wohnumfeld erhöhen.

Die **BfGT** setzt sich weiterhin für einen Spielpark mit Trendsportangeboten (u. a. Bungee, Klettermöglichkeiten, Streetsoccer, Beachvolleyball, Basketball) auf dem Gelände des Güterbahnhofs ein, das sich zudem hervorragend für Inliner und BMX-Fahrer anbietet.

Trotz aller positiven Bekundungen konnte sich die politische Mehrheit bisher immer noch nicht dazu durchringen, der Errichtung einer Eislaufhalle zuzustimmen. Die **BfGT** wird die Suche nach Projektentwicklern und Investoren aufnehmen, um den Wunsch vieler Gütersloher endlich erfüllen zu können.

Die Kirmes darf weder verkleinert noch in die Innenstadt verlagert werden. Die **BfGT** wird sich wie bisher intensiv für die Kompensation der verlorenen Marktplatzflächen durch den geplanten Feuerwehrneubau einsetzen, in dem die Bismarckstraße sowie Teile der Friedrich-Ebert-Straße als Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden.

GEWERBEGEBIETE in der Stadt der Bürger

Das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Gütersloh ist mit dem Ziel einer möglichst geringen Flächeninanspruchnahme, dem größtmöglichen Erhalt von Frei- und Erholungsflächen sowie insgesamt Ressourcen schonend umzusetzen.

Die **BfGT** setzt sich dafür ein, dass bereits ausgewiesene Flächen überprüft und verdichtet werden müssen. Ebenso sind die vorhandenen Industriebrachen zu untersuchen und auf Weiternutzung zu überprüfen. Die Überlegungen für interkommunale Gewerbegebiete sind weiter zu verfolgen.

Die **BfGT** wird sich auch nach den Wahlen weiterhin gegen die Ausweisung von großflächigen Gewerbegebieten in Pavenstädt (private Flächen außerhalb des Flughafens) und Spexard aussprechen.

Dagegen besteht – auch aus Sicht der Bezirksregierung – die Möglichkeit, gegenüber dem Flughafen liegende Flächen mit perspektivischem Erweiterungspotenzial auf den Territorien von Gütersloh und Harsewinkel parallel zur B 513 (Marienfelder Straße in

westlicher Richtung) zu projektieren, die direkt an bestehende Harsewinkeler Industrieansiedlungen grenzen. Für dieses interkommunale Gewerbegebiet sollte überlegt werden, ob eventuell auch noch weitere Gemeinden des Kreises einbezogen werden können.

Diese Variante kann gemeinsam mit der Stadt Harsewinkel entwickelt und als interkommunales Gewerbegebiet ausgewiesen werden. Vorteil dieses Standortes ist die wesentlich bessere Verkehrsanbindung, die Minimierung des Eingriffs in Natur und Umwelt sowie Agrarflächen, die Reduzierung von Infrastrukturmaßnahmen durch Nutzung vorhandener Verkehrswege sowie die Entlastung der Gütersloher Kreuzungsbe- reiche Marienfelder Str./Ring und Herzebrocker Str./Ring.

GÜTERBAHNHOF in der Stadt der Bürger

Seit Jahren liegt ein Filetstück in zentraler Lage brach. Das Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs. Ein Freizeitzentrum verbunden mit einer Shoppingzone für junge Menschen würde weit über die Grenzen Güterslohs hinaus ein Leuchtturmprojekt sein und zugleich für eine Attraktivitätssteigerung der gesamten Stadt sorgen.

Die **BfGT** setzt sich dafür ein, auf dem Areal einen Spielpark mit Trendsportangeboten (u.a. Bungee, Klettermöglichkeiten, Streetsoccer, Beachvolleyball, Basketball) zu errichten. Zudem eignen sich die Flächen hervorragend für Inliner und BMX-Fahrer.

Der Jugend fehlt ein Konzertraum der mittleren Größe als Szene-Treff. Die **BfGT** plä- dieren seit Jahren dafür, den alten Güterbahnhof entsprechend umzubauen.

Trotz aller positiven Bekundungen konnte sich die politische Mehrheit bisher immer noch nicht dazu durchringen, der Errichtung einer Eislaufhalle zuzustimmen. Der Gü- terbahnhof bietet hierfür ausreichende Flächen.

In Zusammenhang mit Trendsportangeboten könnten sich auf dem Gelände des Gü- terbahnhofs speziell auf die jugendliche Zielgruppe orientierte Geschäfte und Dienst- leistungsunternehmen ansiedeln. Jugendliche hätten somit die Möglichkeit, ihr Shop- ping in „Trendworld“ zu tätigen, wobei die Anfahrtsmöglichkeiten per ÖPNV immer wieder herauszuheben sind. Die Verkaufsflächen sollten vorrangig dem Gütersloher Einzelhandel angeboten werden.

Eine Markthalle, in der werktäglich frisches Gemüse, Obst usw. angeboten würde, wä- re eine Bereicherung für dieses Areal. Erlebnisastronomie und eine weitere Disko- thek würden zusätzlich die Attraktivität des Gesamtkomplexes steigern und abends beleben. Für die Reaktivierung der Flächen sollten private Investoren gewonnen wer- den.

GUTACHTEN für die Stadt der Bürger

Die **BfGT** sieht ihre Aufgabe darin, Politik und Verwaltung regelmäßig daran zu erin- nern, den Ergebnissen aus diesen Berichten auch Taten folgen zu lassen. Erhebungen, Berichte und Gutachten haben durchaus Sinn. Sie bringen Expertenmeinungen und umfangreiches Datenmaterial und helfen, Betriebsblindheit bei Verwaltung und Politik zu überwinden. Allerdings müssen diese Ergebnisse genau studiert und in entspre- chende Maßnahmen umgesetzt werden.

BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!

Bei der Vergabe von Gutachten wird im Vorfeld nicht an die Meinungen und Fähigkeiten der Bürger gedacht. Die Akzeptanz von Gutachten, meist von Nichtortsansässigen durchgeführt, bleibt oft sehr gering. Bevor Gutachten an Büros außerhalb unserer Stadt vergeben und Ergebnisse für teures Geld eingekauft werden, die manchmal weder den örtlichen Gegebenheiten noch der Realität entsprechen (z.B. Büroflächenanalyse), ist zu prüfen, ob nicht auch Verbände, Institutionen oder freie Architekten und Ingenieure vor Ort die Aufgaben übernehmen können.

Vor einer Vergabe wird die **BfGT** weiterhin beantragen, inwieweit Bürger schon vorher an den Untersuchungen beteiligt werden können. Erfahrungen mit Bürgergutachten zeigen, wie sachlich wertvoll, praxisnah und ergebnisreich gearbeitet wurde. Die Kostenersparnis ist ebenfalls ein wesentliches Argument. Ein nicht angenommenes Angebot zur Mitarbeit durch die Bürger könnte später immer noch zu einer Vergabe eines Expertengutachtens führen.

HAUSHALT in der Stadt der Bürger

Alljährlich begleiten uns die Appelle zum Schuldenabbau, zum Sparen, die mahnen- den Worte, zukünftige Generationen nicht zu belasten. Gerne stellt sich die ein oder andere Fraktion als „Retter des städtischen Haushaltes“ dar, vergisst dabei jedoch, dass die Haushalte der letzten Jahre und somit immer wieder neue Kreditaufnahmen und Investitionen (Kulturräume, Theaterparkhaus, Rathäuserweiterung, TWE-Subventionierung etc.) meistens nur mit ihren eigenen Stimmen verabschiedet wurden.

Belief sich der Schuldenstand Ende 1999 auf ca. 89 Millionen €, werden es Ende 2014 ca. 100 Millionen € sein. Die jährliche Zinsbelastung liegt bei ca. 4,7 Millionen €.

Jahr für Jahr forderte die **BfGT** den Schuldenabbau, wurde jedoch mit ihren Anträgen immer wieder abgeblockt. Diesen Kurs werden wir auch weiterverfolgen und Haushalte ablehnen, die weitere Kreditaufnahmen und somit höhere Verschuldungen mit sich bringen.

HOCHSCHULSTANDORT in der Stadt der Bürger

Seit 2010 ist Gütersloh Hochschulstandort. In einer Gesellschaft, in der akademische Bildung zunehmend zum Normalfall wird, ist es für Gütersloh richtig und wichtig, sich als Hochschulstandort zu positionieren. Dies macht allerdings nur dann Sinn, wenn das Angebot der FH Bielefeld in Gütersloh dauerhaft aufrechterhalten wird. Derzeit ist dies nicht gesichert, denn die Studienplätze in Gütersloh werden durch den sogenannten „Hochschulpakt“ des Bundes finanziert, von dem unklar ist, ob und wie lange er verlängert wird.

Die **BfGT** wird sich dafür einsetzen, ein Studienangebot in Gütersloh zu formen, das auf einer soliden und dauerhaften Finanzierung aufbaut. Dabei können Beiträge der Unternehmen im Rahmen des dualen Studiums eine wichtige Rolle spielen, aber auch der Ausbau eines entgeltpflichtigen Angebots in der akademischen Weiterbildung.

INNENSTADT - ZENTRUM in der Stadt der Bürger

Unsere Innenstadt muss für alle Einwohner und Auswärtigen attraktiver werden.

Durch die Vereinfachung von Genehmigungen und weniger Auflagen für die Außen-gastronomie müssen mehr Anreize für weitere Betriebe geschaffen werden.

Unsere großflächigen Plätze sollten in kleinere Einheiten verwandelbar sein, z.B. durch bewegliche Pflanzkübel und künstlerisch gestaltete Windschutz-/Trennwände. Hier können auch die heimischen Künstler mit eingebunden werden. Wer dies aus „städtebaulicher Sicht“ verhindern möchte und dadurch Gastronomen die Ausweitung ihres Angebotes erschwert, handelt gegen den Leitsatz, unsere Innenstadt attraktiver zu gestalten und lebendiger werden zu lassen.

Zu einer lebendigen Innenstadt gehört aber auch eine sinnvolle Verkehrsführung, die den Kompromiss zwischen den Interessen der Anlieger, der Kaufleute in der Innen-stadt und den Besuchern unserer Stadt sucht. Wir werden uns für die Verbesserung der Straßenführung von innerstädtischen Einbahnstraßen und Sackgassen – wie Molt-kestraße, Hohenzollernstraße, Feldstraße einsetzen, damit sich diese nicht weiter als „Fallen“ für Auswärtige darstellen. Die Optimierung der Kreuzungsbereiche Blessen-stätte hat dabei oberste Priorität.

Die von der **BfGT** initiierte „Öffnung der Blessenstätte“ ist ein voller Erfolg. Die Ver-kehrsmessungen der Verwaltung haben eine „unerhebliche Mehrbelastung“ der Kirch-straße ergeben. Der Kreuzungsbereich vor der Stadtbibliothek ist groß genug, dass ein Kreisverkehr errichtet werden kann. Kreisel sind prinzipiell einer Ampelkreuzung vorzuziehen: Studien haben ergeben, dass Kreisel weniger lärm- und umweltbelas-tend als Ampelkreuzungen sind. Der Kreuzungsbereich Unter den Ulmen ist einzube-ziehen.

Die Anbindung des Bahnhofes (Willy-Brandt-Platz), der Post über die Strengerstr. in Verbindung mit dem Konrad-Adenauer-Platz an die Innenstadt (Fußgängerzone) ist zu verbessern. Ebenfalls ist die Verbindung ZOB - Kolbeplatz – Kökerstraße neu zu ge-stalten. Entsprechende Anträge der **BfGT** sind bisher von der politischen Mehrheit ab-gelehnt worden.

Die Fußgängerzone soll auch Fußgängerzone bleiben und für Fahrräder während der Geschäftszeiten definitiv gesperrt werden.

- **Parkraumbewirtschaftungskonzept**

Das umstrittene Parkraumbewirtschaftungskonzept stößt bei vielen Bürgern auf Ab-kehrung. Nicht nur der Einzelhandel, sondern auch die davon betroffenen Anwohner in den der Innenstadt nah gelegenen Wohngebieten äußern ihren Unmut auf verschie-denste Art und Weise. Von „Wegelagerei“ und „modernem Raubrittertum“ ist die Rede und diese Aussagen sind wahrlich kein Ruhmesblatt für unsere Stadt. Die Bürger be-zahlen Grundsteuer und Straßenreinigungsgebühr, kehren das städtische Laub zu-sammen, mähen und pflegen kleine öffentliche Rasenflächen vor ihren Haustüren. Und jetzt werden sie noch zusätzlich für das Abstellen ihrer Autos vor den eigenen Grundstücken zur Kasse gebeten. Die **BfGT** beantragte das Konzept zu überarbeiten und u.a. folgende Punkte zurückzunehmen: Ausgabe von kostenpflichtigen Anwoh-

nerausweisen, Gebührenerhebung für die Parkflächen auf dem Marktplatz, Parkzeitbegrenzung in den der Innenstadt naheliegenden Wohngebieten. Beantragt wurde zudem die Einführung der sogenannten Brötchentaste (freies Parken für 15/20 Minuten für den gesamten innerstädtischen Bereich). Einen ersten kleinen Erfolg kann die **BfGT** verzeichnen: In der Hohenzollernstraße wird probeweise die Brötchentaste eingeführt.

INKLUSION in der Stadt der Bürger

In der UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 auch in Deutschland gilt, steht, dass jeder Mensch das Recht hat, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar von Anfang an und unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter. Soweit die Theorie. In der Praxis, z.B. in Schulen, schreitet Inklusion nur langsam voran. Insbesondere in Schulen fehlt es an Fachpersonal, Differenzierungsräumen und notwendigem Arbeitsmaterial.

Die **BfGT** fordern, die Bedarfe, die von den Schulleitungen im Rahmen einer Bestandsaufnahme zum Schulentwicklungsplan gemeldet wurden, Ernst zu nehmen und schnellstmöglich diese Bedarfe zu decken. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe des KOKO-Gs (Kommunales Kompetenzzentrum für sonderpädagogischen Förderbedarf Gütersloh) müssen in alle Überlegungen mit einbezogen werden.

INNENSTADTSPORTHALLE in der Stadt der Bürger

Fast 15 Jahre kämpften die Schulgemeinden der Innenstadtschulen für ihre neue Innenstadtsporthalle. Die Politik hat die Umsetzung immer wieder verzögert. Die **BfGT** stand an der Seite der Schulgemeinden und versuchte mit Anträgen das Verfahren anzuschieben bzw. zu beschleunigen. 2006 stimmten die **BfGT** gegen ein langwieriges wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren der Innenstadtsporthalle, weil dieser Wettbewerb aus städtebaulicher Sicht nicht notwendig erschien. Die Kosten von 60.000,- Euro für diesen Wettbewerb wollte die **BfGT** lieber in eine bessere Hallenausstattung investieren. Die **BfGT** behielt Recht, sowohl Erst- als auch Zweitplatzierter des Wettbewerbs haben die Innenstadtsporthalle nicht realisiert. Seit 2013 ist nun endlich die Innenstadtsporthalle in Betrieb.

INSTANDHALTUNG öffentlicher Straßen in der Stadt der Bürger

Parallel zur Bauunterhaltung werden seit Jahren auch die Mittel für die Instandhaltung und den Ausbau der Straßen in unserer Stadt gekürzt. Manche Straßen befinden sich in einem katastrophalen Zustand, so dass teilweise die Verkehrssicherheit angezweifelt werden muss. Das Budget darf nicht weiter zurückgefahren, sondern muss stattdessen aufgestockt, mindestens jedoch auf dem gleichen Level gehalten werden, um den Verfall nicht weiter zu beschleunigen.

In diesem Zusammenhang fordert die **BfGT** die Verbesserung des Bauablaufs, um z.B. unkoordiniertes, unnötiges Aufreißen von Straßendecken zu vermeiden. Das für die Bürger nicht sichtbare Kanalnetz muss ebenfalls in eine koordinierte Bauablaufplanung einbezogen werden.

BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!

Dabei sieht es die **BfGT** außerdem als unerlässlich an, dass beim Ausbau von Straßen die Vorschläge und Wünsche der dort wohnenden Bürger berücksichtigt werden, da die Kosten für einen Ausbau in der Regel auf die Anlieger umgelegt werden. Es ist davon auszugehen, dass in einigen Fällen dann die „Bürger-Minimalvorschläge“ einer „Verwaltungs-Luxuslösung“ vorgezogen werden. Eine frühzeitige Information der direkt betroffenen Anlieger ist unabdingbar.

INVESTITIONEN in der Stadt der Bürger

Städtische Investitionen sind Voraussetzungen für die Konjunkturbelebung und vorrangig an Handwerker und Unternehmen in unserer Stadt zu vergeben - soweit das EU-Recht es zulässt. (siehe Auftragsvergaben)

Private Investoren sind nicht mit bürokratischen Auflagen und langwierigen Genehmigungsverfahren abzuschrecken, sondern durch vereinfachte und beschleunigte Verfahren zu unterstützen. Die Stadt muss über Hoheitsrechte wie z.B. Kaufoptionen von Grundstücken, Planungsrecht etc. schnell und flexibel entscheiden, um die Investoren durch lange Warte- und Bearbeitungszeiten nicht zu verunsichern und von ihrem Vorhaben abzubringen.

JUGENDLICHE in der Stadt der Bürger

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir brauchen die Phantasie der Kinder und Jugendlichen sowie ihr Engagement. Nur wer rechtzeitig an Planungen beteiligt und eingebunden wird, übernimmt später auch Verantwortung.

Der **BfGT**-Antrag zur Einrichtung von regelmäßigen Fragestunden für Kinder und Jugendliche stand am Anfang zur Einführung eines Jugendparlamentes in unserer Stadt. An fast jeder Sitzung wurde teilgenommen, um sich direkt und intensiv mit den Interessen der Jugendlichen zu beschäftigen, Themen aufzugreifen und Vorhaben zu unterstützen.

Wir werden uns auch weiterhin im gemeinsamen Dialog für die Belange der Jugendlichen einsetzen, für einen stimmberechtigten Sitz im Jugendhilfeausschuss plädieren und ihre Interessen im Rat und in den Ausschüssen unterstützen.

Ein wesentliches Ziel der **BfGT** ist es, dass junge Gütersloher vermehrt in unserer Stadt Beschäftigung finden. Es darf in Gütersloh keinen Jugendlichen mehr geben, der keinen Schulabschluss schafft, und allen arbeitswilligen jungen Menschen muss ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt der Gütersloher „Arbeitsplatzgarantie“ ist ein Schritt in die richtige Richtung: 44 Schüler der Hauptschule Ost und 27 Schüler der Hauptschule Nord haben auch Anfang dieses Jahres einen Vertrag unterschrieben, mit dem sie sich selbst verpflichten, in keinem Hauptfach schlechter als befriedigend zu stehen und nicht unentschuldigt vom Unterricht fernzubleiben. Im Gegenzug erhält der Schüler eine Arbeitsplatzgarantie. Die Stadt Gütersloh möchte mit dieser Garantie sicherstellen, dass Jugendliche eine berufliche Perspektive erhalten und gut qualifiziert ins Arbeitsleben starten. Gleichzeitig wird den heimischen Betrieben eine passgenaue Ausbildungsvermittlung angeboten, um Kosten bei der Personalrekrutierung einzusparen.

Die **BfGT** sieht den engen Zusammenhang zwischen Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Jugend hat besondere Bedürfnisse. Neben Erziehung, Bildung und Familie gibt es für Jugendliche noch völlig andere Prioritäten. Auch in unserer Stadt sollte die Jugend die Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten. Die Jugendlichen Güterslohs sind als natürlicher Teil einer pulsierenden Stadtkultur wahrzunehmen, die nicht schweigt, sondern im Gegenteil ihre Meinungen und Anliegen intensiv vortragen soll.

Dies betrifft vor allem Belange der Jugendkultur. Da Jugendliche nicht die Mittel haben, selbst eine Infrastruktur zu errichten, muss diese Aufgabe unsere Stadt übernehmen. Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite der Wasserturm geschlossen wird und auf der anderen Seite Versprechungen zum Ersatz dieser jugendkulturellen Einrichtung nicht gehalten werden.

Die **BfGT** setzt sich dafür ein, dass Zuschüsse an Vereine, Jugendhilfeeinrichtungen und Einrichtungen der Jugendkultur nicht mehr als „freiwillige Leistungen“ zu sehen sind und somit im Rahmen von Haushaltsberatungen immer wieder von Streichungen und Kürzungen bedroht sind.

Die Förderung der Jugend gehört zu den Grundaufgaben unserer Stadt und darf somit nicht immer wieder den Sparzwängen politischer Mehrheiten unterliegen.

JUGENDAMTSELTERNRAT in der Stadt der Bürger

Mitbestimmung muss es auch für Eltern geben. Eltern sollen intensiv und frühzeitig an Entscheidungen wesentlicher Angelegenheiten der Kitas beteiligt werden. Aus diesem Grund haben die **BfGT** bei den Haushaltsberatungen 2010 im Jugendhilfeausschuss beantragt, dass die Verwaltung die Gründung eines Gesamtelternrates aller Kitas unterstützt. Mit dem Änderungsgesetz des KiBiz wurde die Elternmitwirkung in Kitas erweitert und 2011 wurde erstmalig mit dem Jugendamtselternbeirat ein Zusammenschluss von Elternvertretern der Kitas in der Stadt Gütersloh gewählt. Eine direkte Mitwirkung im zuständigen Jugendhilfeausschuss ist das Ziel in der neuen Ratsperiode.

KITAS in der Stadt der Bürger

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat heute einen großen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Die Nachfrage nach Betreuungsangeboten für unter dreijährige Kinder steigt stetig. Dabei darf das Angebot für über Dreijährige nicht vernachlässigt werden. Die **BfGT** fordert, das stark nachgefragte Angebot der 35-Stunden-Betreuung über Mittag auszubauen. Freie Träger sind einer städtischen Trägerschaft vorzuziehen (Trägervielfalt), mit dem Ziel, ein breiteres und auch flexibleres Angebot zu erhalten.

KLIMASCHUTZ – ERNEUERBARE ENERGIEN in der Stadt der Bürger

Die verstärkte Nutzung von regenerativen Energien, Energiesparmaßnahmen und Minderung des CO₂-Ausstoßes muss eine Daueraufgabe in unserer Stadt werden.

Die Nutzung der erneuerbaren Energien ist weiter auszubauen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der verstärkten Nutzung der Sonnenenergie sowie der Bioener-

gie mit Schwerkraft Windkraft zu, wobei Windanlagen nicht in der Nähe von Wohngebäuden aufgestellt werden, da dies die Wohnqualität und Werthaltigkeit der Gebäude mindert.

In neuen Wohn- und Gewerbegebieten sind die Möglichkeiten zur ökonomisch und ökologisch sinnvollen Regenwassernutzung unter Berücksichtigung und Förderung von Solaranlagen zur Brauchwassererwärmung zu prüfen. Soweit möglich sollten Solaranlagen zur Brauchwassererwärmung auf städtischen Gebäuden installiert und die Nutzung von Photovoltaikanlagen oder vergleichbaren Systemen zur Energieerzeugung im Zuge städtischer Neubaumaßnahmen geprüft werden.

Eine Prüfung zur Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Erdgasautos ist in die Maßnahmen einzubeziehen.

Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung arbeiten energiesparend und erreichen durch Nutzung der Abwärme einen höheren Wirkungsgrad.

Zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes ist die weitere Aufstockung von kommunalen Förderprogrammen unerlässlich.

KONSOLIDIERUNG in der Stadt der Bürger

Weltweit wird von Konjunkturprogrammen, von Entlastungen der Bürger gesprochen. In Gütersloh scheinen die Uhren anders zu gehen! Steuererhöhungen und zusätzliche Belastungen in diesem Ausmaß und vor allem zu diesem Zeitpunkt sind für die Bürger in Anbetracht der Finanzkrise kontraproduktiv und stehen im krassen Gegensatz zu dem Ansinnen, die Problematik in den Griff zu bekommen. Was Bund und Länder uns auf der einen Seite geben wollen, will uns die Kommune auf der anderen Seite wieder aus der Tasche ziehen.

Einen Großteil der vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen des Konsolidierungsprozesses unserer Stadt hat die **BfGT** mitgetragen bzw. selbst schon früher vorgeschlagen, für die „dicken Brocken“ Gegenvorschläge unterbreitet.

Sofern die Lasten und Maßnahmen gerecht verteilt werden und die Bürger nicht den Hauptanteil tragen müssen, wird sich die **BfGT** einer Haushaltskonsolidierung jedoch nicht entgegenstellen – im Gegenteil: Denn wir haben die besseren Vorschläge.

Die **BfGT** hat sich intensiv am Prozess beteiligt, deutlich gemacht, was sie ablehnt, aber gleichzeitig gesagt, wo die besseren Optionen liegen. Darin enthalten z.B. Gewinnabführungen der Sparkasse. Millionen sind einzusparen, wenn die Kulturräume (Theater und Stadthalle) in eine andere Gesellschaftsform, eine Genossenschaft, umgewandelt werden.

Auch die Politik sollte und darf sich Streichungen nicht aus Eigeninteresse entgegenstellen. Die Vorschläge der **BfGT** zur Kürzung von Fraktionszuschüssen sowie die Verkleinerung von Ausschüssen wären angemessene Maßnahmen im Rahmen der Gesamtkonsolidierung, sind jedoch bisher von der politischen Mehrheit abgelehnt worden.

KONVERSION in der Stadt der Bürger

Die britischen Streitkräfte werden in den nächsten Jahren Gütersloh verlassen. Dadurch werden sowohl riesige bisher militärisch genutzte Flächen als auch städtische Wohnungen frei. Die Möglichkeit, diese Flächen neuen Nutzungen zuzuführen, stellt eine enorme Chance für die Stadt Gütersloh dar. Die Grundlinie der **BfGT** ist dabei: unterschiedliche Bürgerinteressen zum Ausgleich bringen, eine ausgewogene Nutzung anstreben.

Einseitige Nutzungen sind verfehlt: Die Umnutzung des Militärflughafens zu einem Verkehrsflughafen ist dankenswerter Weise vom Tisch. Die an die Marienfelder Straße angrenzende Fläche gegenüber dem Flugplatz ist für eine interkommunal nutzbare Gewerbefläche viel geeigneter als der Flughafen selbst. Der Kauf von Wohnungen durch einen Investor, der damit billigen Wohnraum für osteuropäische Arbeiter schafft, wäre das Gegenteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung, denn er würde zu Parallelgesellschaften anstelle von Integration führen.

Die **BfGT** steht stattdessen für eine sinnvolle und nachhaltige Nachnutzung der abgängigen Militärflächen und Immobilien im Interesse der Gütersloher Bürger und zum Nutzen des Wirtschaftsstandorts Gütersloh und seiner Unternehmen. Ebenso sehen wir die Chance für eine bürgernahe und "erschwingliche" Nachnutzung der Wohnimmobilien, für zu erhaltende/erweiternde Naturräume, entstehenden Raum für Erholung und Freizeit, sowie regenerative Energien. Der Kauf von Immobilien durch einen Großinvestor wäre das Gegenteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Bei den Wohnungen ist eine Bewertung des vorhandenen Bestands dringend erforderlich. Freiwerdende Räume ermöglichen städtebauliche Leuchtturmprojekte, wie beispielsweise Wohnparks mit Betreuungseinrichtungen, in denen alte und junge Menschen zusammenleben und individuelle Lebens- und Betreuungskonzepte fürs Alter möglich werden.

Die weitere Nutzung muss ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen gewerblicher Nutzung und Natur bzw. Naherholungsfläche werden. Bürgerinteressen dürfen dabei nicht den kommerziellen Interessen unterliegen. Eine ausschließliche Ausweisung der Militärflächen als Industrie und Gewerbeflächen gilt es zu vermeiden. Warum nicht an einen Kletter- und Landschaftspark oder einen Beobachtungsposten für das Vogelschutzgebiet denken? Warum nicht Räumlichkeiten für junge Unternehmensgründer vorhalten? Auch das 2016 frei werdende Gelände der Mansergh-Barracks sollte schon jetzt in die Planungen einbezogen werden.

Die **BfGT** wird im weiteren Prozess die beschriebene Ausgewogenheit der Nutzung einfordern und innovative Nutzungsformen, mit denen sich Gütersloh profilieren kann, fördern.

KREISVERKEHRE in der Stadt der Bürger

Kreisel sind prinzipiell einer Ampelkreuzung vorzuziehen: Studien haben ergeben, dass Kreisel weniger lärm- und umweltbelastend als Ampelkreuzungen sind. Die von der **BfGT** initiierte „Öffnung der Blessenstätte“ ist ein voller Erfolg. Die Verkehrsmessungen der Verwaltung haben eine „unerhebliche Mehrbelastung“ der Kirchstraße er-

geben. Der Kreuzungsbereich vor der Stadtbibliothek ist groß genug, dass ein Kreisverkehr errichtet werden kann. Die **BfGT** wird sich weiterhin für einen Kreisel an dieser Stelle einsetzen. Die **BfGT** fordert, dass der Kreuzungsbereich Unter den Ulmen in die Planungen einzubeziehen ist.

KULTUR in der Stadt der Bürger

Kultur gehört zum Leben. Auch in unserer Stadt. Doch muss Kultur erschwinglich sein und darf nicht allein als Privileg für Besserverdienende dienen. Kultur soll Menschen aller Nationen und Gesellschaftsschichten zusammenbringen und niemanden außen vor lassen.

Kultur darf sich nicht allein in den neuen Kulturräumen darstellen und erst Recht nicht allein unter der Regie der Verwaltung.

Neben der „Hochkultur“ muss die „Subkultur“ der alternativen Kunst- und Kulturszene in unserer Stadt unterstützt und gefördert werden.

Dabei wird die **BfGT** darauf achten, wie die zur Verfügung stehenden Mittel verteilt und eingesetzt werden. Es darf nicht sein, dass Theaterkarten mit über 60 € pro Ticket subventioniert werden und freien Kulturträgern Zuschüsse gestrichen bzw. erst gar nicht gewährt werden.

Um „Kultur für Alle“ zu gewährleisten, müssen die Kulturwünsche der Bürger intensiver berücksichtigt und nicht ignoriert werden. Das Theaterprogramm muss vielseitiger und abwechslungsreicher und den vielfältigen Interessen der Gütersloher Bürger besser angepasst werden.

Eine Förderung frühkindlicher musischer Begabung in Form eines Bildungsgutscheines wird ebenso angestrebt wie eine gerechte Verteilung der Fördermittel für Musikschulen. Die **BfGT** denkt hier an die Unterstützung der privaten Anbieter, die bisher ohne Zuschüsse ihren Beitrag zum Kulturleben in unserer Stadt leisten.

Kultur muss stärker zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt, wie in unserer Stadt geplant. Den kulturellen Angeboten in den Ortsteilen, wie sie vielfältig bereits von Initiativen und Vereinen angeboten werden, soll dabei eine besondere Bedeutung zukommen.

Auch neuen kulturellen Initiativen muss grundsätzlich die Möglichkeit einer städtischen Förderung offen stehen.

Weiterhin setzt sich die **BfGT** für die langfristige Sicherung der Weberei mit ihren vielfältigen Kulturangeboten ein.

Eine stärkere Beachtung wird in Zukunft auch unser Stadtarchiv mit seinen Aufgaben zur historischen Aufarbeitung der Stadtgeschichte erhalten.

Prioritäten setzt auch die **BfGT** bei der Einrichtung von kulturellen Frei- und Betätigungsräumen für Jugendliche sowie der Unterstützung der unabhängigen Szenekultur.

KULTURPROGRAMM in der Stadt der Bürger

Ein großes Anliegen der **BfGT** war und ist es weiterhin, das Kulturprogramm unserer Stadt offener zu gestalten.

Die **BfGT** setzt sich auch in Zukunft dafür ein, subventionsfreie Bühnen einzuladen, die mit wenig Mitteln nicht nur in den Kulturräumen, sondern auch an verschiedensten anderen Orten auftreten können.

Alternative Theater- und Kulturprojekte wie z.B. in der Weberei, der Kulturgemeinschaft Dreiecksplatz, das Open-Air „Wiesenrock“, die Kurzfilmtage im Bambi, des Literaturvereins oder auch des Fördervereins Historischer Kirchen sollten unterstützt und gefördert werden.

Die **BfGT** wird sich auch in Zukunft für diese alternativen Möglichkeiten engagieren und sich für die kulturelle Zusammenarbeit der entsprechenden Interessengruppen einsetzen. Private Theatergruppen sollten Gelegenheit bekommen, die Theaterräume zu vergünstigten Mietkosten zu nutzen.

Wir setzen uns weiterhin für den intensiven Ausbau der Kinder- und Jugendreihen und die (auch finanzielle) Unterstützung der Schultheatergruppen ein.

Die **BfGT** würde es unterstützen, dass das Gütersloher Kulturprogramm durch die Einbeziehung der in unserer Stadt wirkenden ausländischen Kulturvereine eine größere und bereichernde multikulturelle Vielfalt erfahren würde.

- **Jugendkulturring**

Die **BfGT** hält den Erhalt des Jugendkulturrings erst dann wieder für sinnvoll, wenn sich engagierte junge Menschen finden, die ein überzeugendes schlüssiges Konzept für deren Tragfähigkeit vorlegen können. Stattdessen sollten die dafür bisher zur Verfügung stehenden städtischen Mittel in die kulturelle Programmarbeit der Weberei fließen, unter besonderer Berücksichtigung der Interessen junger Menschen. Die **BfGT** wird die Weiterführung eines von der städtischen Kultur- und Programmpolitik unabhängigen Jugendkulturrings befürworten.

KULTURVIELFALT in der Stadt der Bürger

Kulturvielfalt statt Kultureinfalt war immer ein besonderes Anliegen der **BfGT** für unsere Stadt. Die **BfGT** wollte immer lieber viele kleine Kulturstätten statt eines überdimensionierten Kulturtempels, der so viel Geld verschlingt, dass für das Gütersloher Kammerorchester, den Kunstverein, die Stadtbücherei, das Stadtmuseum, die „langenachtderkunst“ usw. immer weniger übrig bleibt. Das darf nicht sein!

Ein besonderes Anliegen der **BfGT** ist es außerdem, Bürgerengagement mit Idealismus zu fordern! Die Einbindung heimischer Künstler (Bildhauer, Maler, Musiker, Theatergruppen etc.) muss weiter ausgebaut werden.

Die Einrichtung eines „runden Kulturtisches“, an dem sich Gütersloher Kulturschaffende mit Verwaltung und Politik treffen und sich austauschen, ist ein großes Anliegen für die nächste Ratsperiode.

Der Jugend fehlt ein Konzertraum der mittleren Größe als Szene-Treff. Die **BfGT** setzt sich seit Jahren dafür ein, den alten Güterbahnhof entsprechend umzubauen.

- **Kulturräume**

Die „Kulturräume“ (Stadthalle, Wasserturm und der ca. 30 Millionen € teure Theaterneubau) dürfen aufgrund ihrer Folgekosten nicht zum „Millionengrab“ werden und überproportionale Zuschüsse zu Lasten des Gesamthaushaltes erfordern.

Bundesweit empfehlen externe Beraterfirmen aufgrund der allgemeinen Finanz- und Haushaltslage den Kommunen, Spielstätten zusammenzulegen, einzelne Sparten zu schließen oder andere Organisationsformen zur Kostenreduzierung anzuwenden.

Nach europäischem Vorbild schlägt die **BfGT** vor, die „Gütersloher Kulturräume“ (Stadthalle + Theater) in eine Genossenschaft auszugliedern und auf die Eigenverantwortung der kulturinteressierten Bürger (z.B. Theaterförderverein) zu setzen und an die bürgerschaftliche Entstehungsgeschichte des Theaterneubaus anzuknüpfen.

Dem zugrunde liegenden Prinzip der Theater- oder Kulturgenossenschaften (siehe auch bundesdeutsches Genossenschaftsgesetz) überträgt die Stadt Gütersloh die Verantwortung auf die Bürger.

Der laufende Betrieb wird aus Kapitalerträgen, laufenden Mitgliedsbeiträgen und Einnahmen (Eintrittsgeldern, Erträgen aus Gastronomie, Garderobengebühren, Werbeveranstaltungen, Vermietung etc.) bestritten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Loslösung von der Stadt die Regionalisierung begünstigt und es erlaubt, Zuschussgeber auch aus dem Umland für das Kulturprojekt zu gewinnen.

Da die Genossenschaft eigenverantwortlich über die Finanzen der Kulturräume entscheidet, bestimmt sie allein die Angebotsbreite, das konkrete Programm, den Personaleinsatz und den Einsatz von Sachmitteln. Diese volle Verantwortlichkeit fördert einen wirtschaftlicheren und sparsameren Ressourceneinsatz, so dass erhebliche Einsparungen bei den Gesamtkosten/Folgekosten zu erwarten sind.

- **ÖPNV (Öffentlicher Personen-Nahverkehr)**

Die **BfGT** arbeitet intensiv am Konzept zur ÖPNV-Verbesserung mit. Es gilt, die Attraktivität des Busfahrens durch die Optimierung des Netzes zu verbessern, die Taktzeiten im Rahmen des Möglichen zu verkürzen, die Haltestellenausstattung zu verbessern (was auch die Lesbarkeit der Fahrpläne beinhaltet) und auch die Bequemlichkeit der Fahrzeuge zu optimieren. Das Erscheinungsbild der Busse muss wesentlich verbessert, also vereinheitlicht werden. Die rollenden Werbeflächen müssen auch auf Entfernung ein erkennbares Bild abgeben (Wiedererkennbarkeit ist wichtig).

Die **BfGT** konnte sich mit der Forderung nach kostenfreier Nutzung von Bussen im ÖPNV-Netz der Stadtwerke in dieser Legislaturperiode nicht durchsetzen. Die **BfGT** fordert nun die Einführung des Ein-Euro-Tickets. Dabei gilt nach wie vor, dass Ortsteile mit der Innenstadt zu verbinden sind und nicht durch Streichung von Buslinien abgekoppelt werden. Der Öffentliche Nahverkehr sollte sich auch an den Bedürfnissen der Senioren ausrichten und den Seniorenbeirat an der Überarbeitung der Fahrpläne beteiligen. Auch Initiativgruppen vor Ort, die sich mit konstruktiven Vorschlägen beteiligen möchten, sind nicht abzublocken, sondern in die Erörterungen einzubeziehen.

OPEN DATA in der Stadt der Bürger

Die **BfGT** hält transparente Informationen für einen wichtigen Bestandteil einer lebendigen, offenen Demokratie. Ein großer Teil der Informationen, die im Rahmen der Aufgaben und Tätigkeiten der Stadtverwaltung entstehen, sind eigentlich öffentlich zugänglich bzw. nach dem Informationsfreiheitsgesetz für jede Person zugänglich zu halten.

Die bekannten Konzepte Open Data (Offene Daten) und Open Government (Offenes Regieren) zielen nicht nur auf die Transparenz von Daten und Verwaltungshandeln, sondern ermöglichen neben der Information die aktive Beteiligung und Mitwirkung der Bürger. Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass Mehrkosten für die Schaffung und Anwendung von Open Data lediglich in Form von geringem Aufwand entstehen.

In diesem Sinne fordert die **BfGT** transparentes Verwaltungshandeln, so dass in unserer Stadt Anträge und Debatten um Veröffentlichung von Gutachten, Informationen, Daten, Statistiken usw. überflüssig werden.

ORTSTEILE in der Stadt der Bürger

Das Leben findet nicht nur in der Innenstadt statt. Zuschüsse für die Arbeit in den Ortsteilen sind den Mitteln, die für Veranstaltungen und Aktionen in der Innenstadt zur Verfügung gestellt werden, anzupassen. Die Isselhorster Nacht, Gütersloh läuft, die Weihnachtsmärkte in Avenwedde, Kattenstroth, Pavenstädt und Spexard, das Wiesenrockfestival in Friedrichsdorf, Stadtteilfeste in Blankenhagen, Isselhorst, Kattenstroth und Sundern sind u.a. Veranstaltungen, die unsere Stadt mit Leben bereichern.

Dabei wird die **BfGT** weiterhin den Bürgern bei ihren Ideen unterstützend zur Seite stehen und Hilfe bei der Umsetzung anbieten.

PLANUNG in der Stadt der Bürger

Bevor neue Gebiete geplant und ausgewiesen werden, sind die vorhandenen Infrastrukturen und die Möglichkeiten von Nachverdichtungen zu überprüfen. Verkehrstechnische Voraussetzungen sind vorab zu untersuchen und die Kosten abzuwägen.

Aus „städtebaulichen Gründen“ werden Vorhaben und Veränderungen, die u.a. auch der Verkehrssicherheit dienen könnten, seitens der Verwaltung des Öfteren nicht genehmigt. Die **BfGT** wird sich dafür einsetzen, dass der Begriff „städtebauliche Gründe“ für unsere Stadt klar definiert wird und auf die Belange und Interessen der Bürger zugeschnitten wird.

SCHULBIBLIOTHEKEN in der Stadt der Bürger

Schulbibliotheken sind im Alltag von weiterführenden Schulen nicht mehr wegzudenken. Sie stellen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit dar, verbessern die Voraussetzung für individualisiertes Lernen und unterstützen sowie bereichern den Unterricht. Die Kürzung der Zuschüsse durch die politische Mehrheit zwang die Schulleitungen dazu, eine Bibliothekarstelle über Elternbeiträge zu finanzieren.

Die **BfGT** fordert, keine weiteren Kürzungen im Bereich der Schulbibliotheken vorzunehmen.

SCHULEN in der Stadt der Bürger

Grundlage für eine Verbesserung des örtlichen Bildungsangebotes sind entsprechende kontinuierliche Investitionen in einen angemessenen baulichen Standard und Ausstattungsstandard aller Schulen sowie moderne Unterrichtsmittel. Schulen sind aktuell in einer Umbruchphase. Die **BfGT** wird weiterhin darauf drängen, dass Schulen räumlich flexibel ausgestattet sein müssen, um den Anforderungen von Ganztags und Inklusion zu entsprechen.

Die Selbstverwaltung der Gütersloher Schulen wird die **BfGT** im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unterstützen und sich für den weiteren Ausbau einsetzen.

- **OFFENE GANZTAGSGRUNDSCHULEN (OGS)**

Wurden Offene Ganztagsgrundschulen vor 5 Jahren in unserer Stadt noch nicht so gut angenommen, platzen heute Offene Ganztagsgrundschulen an vielen Standorten aus allen Nähten. Dass 50 Prozent der Kinder einer Grundschule in der OGS ihren Tag verbringen ist keine Besonderheit mehr. Eine von der **BfGT** beantragte Bestandsanalyse durch die Verwaltung behauptete, dass die räumliche Ausstattung fast aller Grundschulen ausreichend sei und aufgrund demographischer Entwicklungen auch in Zukunft ausreichend sein würde. Die **BfGT** zweifelt diese Bestandsanalyse grundsätzlich an. Aufgrund veränderter Familienstrukturen werden auch zukünftig die Teilnehmerzahlen trotz sinkender Schülerzahlen in vielen Offenen Ganztagsgrundschulen steigen. Die räumliche Ausstattung der Offenen Ganztagsgrundschulen ist entsprechend anzupassen, damit Offener Ganztags nicht zur Aufbewahrungsinstitution wird, sondern seinen Bildungsauftrag erfüllen kann. Die **BfGT** setzt sich weiterhin für die Verbesserung der Bedingungen in den OGS in Gütersloh ein.

- **RANDSTUNDENBETREUUNG**

Trotz steigender Nachfrage nach OGS-Betreuungsplätzen, besteht nach wie vor Nachfrage nach Randstundenbetreuung. Problem ist, dass die Randstunde von der Landespolitik nicht gewünscht und daher auch nicht gefördert wird. Der Bedarf lässt sich aber politisch nicht wegdefinieren – die Stadt Gütersloh muss hier gegen verfehlte Landespolitik ansteuern. Die **BfGT** fordert, dass diese Nachfrage in Gütersloh weiterhin ernst genommen und befriedigt wird und dass die Schulstandorte weiterhin von Politik und Verwaltung bei ihrem Randstundenangebot unterstützt werden.

- **Schülerbeförderung per Bus**

Nach derzeitiger Gesetzeslage (§ 21 StVO Personenbeförderung) ist im öffentlichen Personennahverkehr niemand verpflichtet, für alle Fahrgäste einen Sitzplatz bereit zu stellen. Zwangsläufig ergeben sich dadurch für die Schülerinnen und Schüler im täglichen Ablauf haltlose Zustände:

Es fehlen ausreichende Sitzplätze für alle Passagiere und Rückhaltesysteme werden gar nicht erst angeboten. Die Busse sind so überfüllt, dass Schüler nicht nur im Gang stehen, sondern auch die Ein- und Ausstiegsbereiche benutzen müssen. Die techni-

sche Ausrüstung der Busse bezieht sich auf erwachsene Personen, so dass Kinder die angebotenen Haltegriffe nicht erreichen können. Von dieser Situation ausgehend ergibt sich für alle ein hoher Stressfaktor:

Die mitfahrenden Schüler kämpfen schon an der Bushaltestelle um den besten Platz und Ältere attackieren die Jüngeren im Kampf um einen Sitzplatz. Alle haben Sorge, dass sie überhaupt mitgenommen werden und sie sich an ihrer jeweiligen Haltestelle bis zum Ausstieg "durchdrängeln" können. Der Fahrstress erzeugt Ängste, erhöht die Gewaltbereitschaft und wirkt sich im Kontext negativ auf die Leistungskurve aus.

Die Eltern sorgen sich zudem um die Sicherheit ihrer Kinder im täglichen "Nahkampf", im Falle einer Vollbremsung oder Ausweichmanövern im Falle eines Unfalls. Die Busfahrer versuchen ihren Fahrplan (ÖPNV) einzuhalten. Sie befürchten, dass die Fahrsicherheit durch Einschränkung der Sicht und des Lärms im Businneren sehr stark beeinträchtigt wird und bestehende Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten werden können.

Die **BfGT** strebt eine Verbesserung des Schulbusangebotes an, um möglichst vielen Schülern auf dem Weg zur Schule und zurück nach Hause einen Sitzplatz zu ermöglichen.

SCHULDENTILGUNG in der Stadt der Bürger

Wenn die Verwaltung unserer Stadt sparsam, effizient und unbürokratisch arbeitet und sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert, benötigt sie weniger Geld und die Schulden könnten zurückgefahren werden. Das ist insbesondere im Interesse der nächsten Generationen, unserer Kinder und Enkel.

Ende 1999 waren es ca. 89 Millionen €. Bis Ende 2014 erhöht sich der Schuldenstand voraussichtlich auf ca. 100 Millionen €. Der Anstieg der Schulden liegt nicht allein an der Verwaltung, sondern an den politischen Mehrheiten, die immer wieder die Haushalte letzter Jahre verabschiedet und somit den neuen Kreditaufnahmen zugestimmt haben.

Jahr für Jahr fordert und beantragt die **BfGT** den Schuldenabbau und wird es auch weiterhin mit Nachdruck tun.

SCHULSOZIALARBEIT in der Stadt der Bürger

Die Förderung des Bundes für die Schulsozialarbeit in Grundschulen lief Ende März 2014 aus, obwohl der Erfolg der Schulsozialarbeiter erwiesen ist. Verwaltung und Stadtrat wollten deshalb die Schulsozialarbeit aufgeben. Die **BfGT** ließ nicht locker und forderte die Verwaltung auf, alternative städtische Finanzquellen für die Schulsozialarbeit zu suchen. Andere Fraktionen schlossen sich an, so dass nun die Schulsozialarbeit für mindestens 3 weitere Jahre gesichert ist.

Die **BfGT** wird sich weiterhin diese wichtige niedrighschwellige und präventive Maßnahme einsetzen und ihre dauerhafte Finanzierung einfordern.

SENIOREN in der Stadt der Bürger

Die meisten in unserer Stadt lebenden Senioren sind aktiv und wollen gemeinsam mit der jungen Generation die Herausforderungen der Zukunft meistern. Wissen, Erfahrung und Leistungsbereitschaft der Älteren sind unverzichtbare Ressourcen.

Senioren möchten stadtnah wohnen, in größeren Wohnungen als sie bisher üblicherweise angeboten werden. Um Altersarmut entgegenzuwirken, sind Förderungen im sozialen Wohnungsbau notwendig. Wichtige Voraussetzungen sind u. a. Busanbindungen, barrierefreies (nicht nur barrierearmes) Wohnen (z.B. Fahrstühle innerhalb des Hauses usw.), Angebote eines Notfallhilfsdienstes. Über das Angebot von seniorenge-rechten Wohnungen benötigen die älteren Mitbürger eine fachliche Beratung, (wo bekomme ich was, Umzugsorganisation, Reparatur- und Instandhaltungsangebote, etc.).

Der Öffentliche Nahverkehr sollte sich auch an den Bedürfnissen der Senioren ausrichten. Die **BfGT** wird sich weiterhin für eine Beteiligung des Seniorenbeirates an der Neukonzeption und Bedarfsplanung einsetzen. Die **BfGT** unterstützt z. B. in diesem Zusammenhang eine Idee aus der Bürgerschaft: Senioren ab 70, die sich im Straßenverkehr nicht mehr sicher fühlen und deshalb ihren Führerschein freiwillig abgeben, sollen kostenlos Bus fahren können. Senioren würden somit einen großen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz in unserer Stadt leisten. Die Parkraumsituation sowohl im innerstädtischen Bereich als auch in den Wohngebieten würde sich entspannen. Die **BfGT** fordern die Stadtwerke dazu auf, sich Partner zur Finanzierung dieses Projektes zu suchen.

In vielen Ausschüssen bringt die Mitwirkung der Mitglieder des Seniorenbeirates wichtige Impulse für die Entwicklung unserer Stadt, die dringend ernst genommen werden müssen. Gerade auch hinsichtlich des demographischen Wandels müssen Senioren als Experten gehört werden. Um die Einflussnahme der Senioren in einigen Ausschüssen noch zu verstärken, fordert die **BfGT** ein Stimmrecht für die Senioren in den für Senioren wichtigen Ausschüssen (z. B. Planungsausschuss, Sozialausschuss usw.).

Angebote zur Betreuung und Pflege sind qualitativ und quantitativ zu stärken, wobei der Vielfalt der Träger, die im Wettbewerb zueinander individualisierte, nachfrageorientierte Leistungen entwickeln, eine besondere Rolle zukommt. Deren Qualität und Kostenintensität dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Alternativen in Form stadteigener Alten- und Pflegeeinrichtungen sind jedoch dort sinnvoll, wo leistungsrechte Angebote freier Träger fehlen.

Es sind Wohngemeinschaften zu schaffen, die es den Senioren ermöglichen, auch noch im hohen Alter möglichst selbst bestimmend und zufrieden leben zu können. Mit so viel Freiheit wie möglich und so viel Hilfe wie nötig.

SICHERHEIT und ZIVILCOURAGE in der Stadt der Bürger

In unserer Stadt sollen sich die Bürger sicher fühlen. Sicherheit in der Wohnung, im Wohnumfeld, auf den Straßen, an Haltestellen, auf Bahnhöfen, in Parks, auf dem Weg zur Schule und in den Kindergärten.

Nach Angaben der Polizei ist die Kriminalitätsrate in unserer Stadt als "normal" zu bezeichnen, das Sicherheitsempfinden jedoch "zu stark ausgeprägt". Trotzdem sind vorbeugende Maßnahmen weiterhin unerlässlich und mit der Polizei zu koordinieren.

Die präventive Arbeit des Sicherheitsrates ist auszubauen und zu unterstützen. Freie Wachdienste, die patrouillieren, sind nicht erforderlich. Dagegen ist eine Verstärkung der polizeilichen Fuß- und Fahrradstreifen sinnvoll und erstrebenswert.

Die Mithilfe der Bürger bei erkennbaren Gefahren oder Delikten ist ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit in unserer Stadt. Um der Gefahr von Übergriffen entgegenzutreten ist es wichtig, nicht wegzusehen, wenn anderen Mitmenschen Unrecht geschieht. Zivilcourage benötigt Mut und das Wissen, wie man sich in einer konkreten Situation am besten verhalten soll. Die **BfGT** möchte Mitbürger dabei unterstützen. Daher regen wir an, einen von der örtlichen Polizei durchgeführten Kurs mit dem Thema „Zivilcourage zeigen. Wie verhalte ich mich richtig?“ anzubieten.

SIEDLUNGSGEBIETE in der Stadt der Bürger

Großflächige Ansiedlungen von Siedlungsgebieten zerstören eher den Freizeitwert eines Stadtteiles, als dass die Nachfrage nach Wohnraum befriedigt wird. Von den ursprünglich geplanten 70 ha für die Stadterweiterung West (Pavenstädt) sind auf nachhaltiges Drängen der **BfGT** „nur“ noch 30ha übrig geblieben und auch diese entsprechen weiterhin nicht der Realität der Nachfrage. Vorrangig zu sehen sind Nachverdichtungen und Flächenausweisungen, die ohne neue kostenintensive infrastrukturelle Maßnahmen realisiert werden können.

Die **BfGT** wird sich weiterhin dafür einsetzen, die Vorschläge aus Ortsteilen zu berücksichtigen und keine großflächigen Wohngebiete auszuweisen. Z. B. werden wir darauf achten, dass unsere Forderung im Rahmen des Isselhorster Neubaugebietes „Krullsbachaue“ kein „Dorf im Dorf“ entstehen zu lassen, auch eingehalten wird.

SOZIALES in der Stadt der Bürger

Viele Menschen sind aus unterschiedlichen Gründen auf Hilfen angewiesen. Diese Menschen haben einen Anspruch auf unsere Unterstützung und Solidarität. Die **BfGT** will die Betroffenen zur Selbsthilfe ermuntern. Darum unterstützen wir grundsätzlich die Initiativen zur Selbsthilfe und ihre Vernetzung.

- **Beirat für Behinderte**

Über 7.000 Bürger besitzen in Gütersloh einen Schwerbehindertenausweis. Menschen mit einem Behinderungsgrad unter 50% sind leider nicht erfasst. Viele fühlen sich mit ihren Problemen immer noch alleine gelassen und ohne adäquaten Ansprechpartner. Dies trifft nicht nur auf die Entscheidungsbereiche der Stadtverwaltung zu, sondern auch auf viele andere Hemmnisse und Behinderungen des täglichen Lebens.

Die Benennung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten reicht nach Ansicht aller Beteiligten nicht aus, um die Situation im Wesentlichen zu verbessern.

Behinderte Menschen brauchen eine starke Lobby. Hier kann ein Behindertenbeirat eine wichtige Funktion erfüllen.

Die **BfGT** spricht sich deshalb für die Einrichtung eines Behindertenbeirates aus, dessen Ziel es ist, die Integration behinderter Menschen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu verbessern und deren Interessen und Bedürfnisse in der Öffentlichkeit und im politischen Raum gezielt zu vertreten.

Street-Worker in Stadtteilen und sozialen Brennpunkten

Um das soziale Klima in den Stadtteilen zu verbessern und Konfliktpotentiale insbesondere unter Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen bevor Konflikte eskalieren, halten wir den Einsatz von Street-Workern für empfehlenswert. Insbesondere zur Integration ausländischer Mitbürger sollten Sozialarbeiter eingesetzt werden, die in den zu integrierenden Gruppen heimisch sind und so eine Brückenfunktion zu den deutschen Mitbürgern ausüben könnten. Sie könnten dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und das friedvolle Zusammenleben zu fördern.

SOZIALRAUMARBEITSGEMEINSCHAFTEN in der Stadt der Bürger

Die Sozialraumarbeitgemeinschaften, die im Wesentlichen für Delegierte von sozialen Institutionen zugänglich sind, sollen sich für vor Ort wohnende, interessierte Mitbürger öffnen. Die Arbeitsgruppen bilden ein hervorragendes Forum, um über Angelegenheiten vor Ort zu beraten und Lösungen zu erarbeiten.

Durch Öffnung der Arbeitskreise wird den Bewohnern der Ortsteile/Sozialräume die Chance gegeben, in ihrem unmittelbaren nachbarschaftlichen Umfeld aktiv zu werden und mitzubestimmen.

SPARKASSE in der Stadt der Bürger

Die Sparkasse ist gemäß § 3 des Sparkassengesetzes ein Wirtschaftsunternehmen der Stadt, deren Beteiligung indirekt über den Sparkassenzweckverband der Stadt und des Kreises Gütersloh erfolgt.

In unserer Stadt ist die Sparkasse nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbilder, sondern auch Sponsor von Sport- und Jugendprojekten. Mit ihrem Engagement trägt sie auf dem Gebiet des freizeit-kulturellen Sektors zu einer lebendigen "Stadtkultur" bei.

Die Sparkasse kann nach dem neuen Sparkassen-Gesetz maximal den Jahresüberschuss an die Stadt ausschütten. Die Verwendung der Ausschüttung erfolgt nach dem Willen der Kommune. Die Mittel können, wie in § 25 Abs. 3 Sparkassen-Gesetz klar gestellt wird, wahlweise für gemeinnützige Zwecke, z.B. in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport, Umwelt oder für gemeinwohlorientierte Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft verwendet werden.

Im Jahr 2008 brachte die **BfGT** erstmals die Forderung ein, die Sparkasse solle einen Teil ihres Gewinnes an die Stadt Gütersloh überweisen. Zunächst vergeblich - damals herrschte noch Unverständnis bei den anderen Fraktionen. Die ständige Mahnung der **BfGT**, die Sparkasse solle ihre Verantwortung für die Stadt wahrnehmen, fand schließlich Gehör. Die Sparkasse überwies sowohl für 2011 als auch für 2012 einen jeweils stattlichen sechsstelligen Betrag an die Stadt Gütersloh.

Die **BfGT** wird sich dafür einsetzen, dass ein Teil des erwirtschafteten Gewinns auch in Zukunft an die Stadt zur weiteren Verwendung abgeführt wird.

SPIELPLÄTZE UND SPIELSTRASSEN in der Stadt der Bürger

In vielen Stadtgebieten besteht immer noch ein deutlicher Mangel an bespielbaren Freiräumen. Von den Sozialraumarbeitersgemeinschaften sind in fast allen Sozialräumen mit dem Hinweis „Qualität schlecht“ aufgelistet worden. In Zusammenarbeit mit den Eltern vor Ort sind hier Verbesserungen, wie z. B. Attraktivitätssteigerungen durch entsprechende Spielgeräte, vorzunehmen.

Die **BfGT** hält an dem Vorhaben fest, Spielplatzpatenschaften zu vergeben. Privatpersonen oder Unternehmen übernehmen die Patenschaft für einen Spielplatz und damit die Verantwortung für das Erscheinungsbild des Spielplatzes. Die Verantwortlichen melden gegebenenfalls Mängel an die Stadt, die vom Fachbereich Grünflächen beseitigt werden. In diesem Zusammenhang macht es auch Sinn, Anwohner nach Verbesserungsvorschlägen zu befragen und sie „mit ins Boot zu nehmen“. Außerdem ist es wichtig, dass Symbole an einigen Zuwegungen aufgestellt werden, damit diese Spielplätze überhaupt gefunden werden. So ist z.B. der Innenstadtspielplatz an der Martin-Luther-Kirche vielen gar nicht bekannt.

Die **BfGT** setzt sich dafür ein, dass Spielgeräte bzw. Sitzmöbel für Spielplätze mit Hilfe von Sponsoren angeschafft werden. Das Spielgerät bzw. das Sitzmöbel ist dann mit einer Beschilderung des Sponsors zu versehen.

Auch Spielstraßen sind ein wichtiger Baustein um die Umwelt den Kindern erfahrbar zu machen. Die **BfGT** setzt sich für die Einrichtung von Spielstraßen ein, weil manche Straßen kaum vom Autoverkehr genutzt werden müssen, Kinder generell mehr Platz brauchen und nicht einzusehen ist, dass nahezu der gesamte Raum einer öffentlichen Straße durch den Autoverkehr blockiert wird.

SPORT in der Stadt der Bürger

Unsere Sportvereine fahren nicht nur sportliche Erfolge ein, sondern leisten darüber hinaus noch vieles für die Gesellschaft: Sie errichten und unterhalten eine Infrastruktur für viele tausend Freizeitsportler, die diese Angebote gerne annehmen. Besonders wichtig sind die Sportvereine aber auch im Gebiet der Integration: Fuß- und Handball z. B. sind Sprachen, die auf der ganzen Welt gesprochen werden.

Wie hoch würde der städtische Haushalt ohne die Präventionsarbeit der Sportvereine zusätzlich belastet?

Damit unsere Sportvereine weiterhin so erfolgreich arbeiten können, ist es wichtig, dass sie zuverlässige finanzielle Unterstützung erhalten und eine langfristige und sichere Berücksichtigung in der städtischen Finanzplanung finden.

Für die **BfGT** gilt der Grundsatz „Sport für alle“. Daher darf die Förderung des Breiten- und Behindertensportes nicht auf den Prüfstand gestellt werden. Auch dem Leistungssport ist größtmögliche Unterstützung zu gewähren, alle Sparten sind wichtig für unsere Stadt und aufeinander angewiesen. In diesen Rahmen gehört auch oder erst

recht das Heidewaldstadion, welches für Tradition und Zukunft in und für Gütersloh steht. Die **BfGT** ist für die sinnvolle Erhaltung und Nutzung dieser Sportstätte, damit auch künftige Veranstaltungen verschiedenster Art dort ausgetragen werden können. Das gemeinsam beschlossene "Leistungsprofil für den Sport " ist dafür ein planbarer Rahmen und muss auch einer bleiben, um den Vereinen in ihren Finanzplanungen Festigkeit (z. B. für die Nichterhebung von Hallennutzungsgebühren) zu geben. Auch in der kommenden Ratsperiode muss daran nachhaltig gearbeitet und festgehalten werden.

Die Zuweisung der Landesmittel darf nicht zu einer Reduzierung der nach bisheriger Haushaltsplanung aus städtischen Mitteln einzusetzenden Gelder führen. Die **BfGT** setzt sich bei einer Verbesserung der Haushaltslage dafür ein, die Rücknahme von Kürzungen in der Sportförderung anteilmäßig zu berücksichtigen.

STADTBIBLIOTHEK in der Stadt der Bürger

Unsere Stadtbibliothek bietet Kompetenz und Meinungsvielfalt. Sie ist eine der kulturellen Säulen unserer Stadt, die für alle Berufs- und Altersschichten Angebote vorhält.

Auch in Zukunft wird sich die **BfGT** gegen Streichungen und Kürzungen aussprechen, denn nicht nur aus bildungspolitischen Erwägungen ist die Arbeit der Stadtbibliothek für Gütersloh unverzichtbar.

STADTENTWICKLUNG in der Stadt der Bürger

Die **BfGT** unterstützt die Entwicklung des Wellerdiek-Quartiers, das nach der Umsetzung der Ergebnisse des durchgeführten Wettbewerbs städtebaulich zu einer Aufwertung der gesamten Stadt führt. Die **BfGT** plädiert für eine Verschönerung des Bahnhofsvorplatzes. Wenn der unschöne Fahrradkeller einen neuen Platz fände (wozu sich die neben dem Bahnhofsgebäude befindlichen Wohngebäude nach Abriss besonders gut eignen würden), würde der Bahnhofsvorplatz attraktiv erscheinen können.

Nachdem der **BfGT**-Antrag zur Umgestaltung des Berliner Platzes und Beseitigung von Mängeln angenommen wurde, legte die Verwaltung ein „Konzept zur Attraktivierung“ vor. Die lebhaften öffentlichen Diskussionen und Kommentare zu den Vorschlägen zur Umgestaltung verdeutlichen das große Interesse der Bürgerschaft an der Umgestaltung/Attraktivitätssteigerung des zentralen Innenstadtplatzes. Doch die von der Verwaltung angesetzten Kosten von über 270.000 € für die Umgestaltung des Berliner Platzes hält die **BfGT** für wesentlich zu hoch und strebt eine kostengünstigere Lösung an. Aus diesem Grund beantragte die **BfGT**-Fraktion den Bürgern Gelegenheit zu geben, Stellungnahmen und Vorschläge zur Umgestaltung des Platzes abzugeben, sowie Gespräche mit den Einzelhändlern in Bezug auf Gestaltung und mögliches Sponsoring (z.B. der neuen Bäume) zu führen.

STADTSCHULPFLEGSCHAFT in der Stadt der Bürger

Mitbestimmung muss es auch für Eltern geben. Es wäre sehr wichtig für unsere Stadt, wenn elterliche Aktivitäten und elterliches Engagement rund um Schulen unserer Stadt zentral koordiniert werden würden. So sollte die Stadtschulpflegschaft wieder-

belebt werden und die Vertreter bei Planungen und Entscheidungen einbezogen werden.

Die **BfGT** sieht die Notwendigkeit, diese Gremien zu reaktivieren und bieten interessierten Gütersloher Eltern ihre Unterstützung an. Vertreter des zu reaktivierenden Stadtelternrats und der zu reaktivierenden Stadtschulpflegschaft aus dem Grundschulbereich und den weiterführenden Schulen sollen beratende Mitglieder im Bildungsausschuss werden.

STADTMARKETING in der Stadt der Bürger

Die angekündigten Erfolge blieben bisher aus. Neben der Stadt Gütersloh als Hauptgeldgeber sind weiterhin nur sechs Vereine und Verbände als Gesellschafter eingetragen. Außer Kosten wurden seitens der Gütersloh Marketing GmbH kaum eigenständige Ideen produziert und umgesetzt.

Die **BfGT** wird sich weiterhin intensiv für eine Neustrukturierung einsetzen, in der eine spezifische Zielsetzung unbedingt erforderlich ist. Die Übertragung der eigentlichen Aufgaben an private Agenturen ist unter Einbeziehung eines Kostenvergleichs zu prüfen. Einsparungen bei Personalkosten sollten im Rahmen eines gesamtstädtischen Stadtmarketings anteilmäßig den Vereinen und Institutionen in den Ortsteilen zur Verfügung gestellt werden.

STADTWERKE in der Stadt der Bürger

Die Stadt Gütersloh ist Mehrheitsgesellschafter. Aus diesem Grund besteht die Möglichkeit, mehr Einfluss auszuüben und besonders die lokalen Entscheidungen zu steuern. Die **BfGT** wird sich dafür einsetzen, dass die SWG die Preise für Energieleistungen ihren Gewinnen anpasst. Ebenfalls ist die Senkung der Bädertarife ein großes Anliegen der nächsten Ratsperiode. Werden so genannte Rekordergebnisse erzielt, dürfen nicht zugleich die Gebühren angehoben werden. Das Restrukturierungsprogramm darf im Personalbereich nicht nur auf die „unteren Gehaltsklassen“ angewandt werden. Geschäftsführer und Leitungsebene sind ebenfalls mit einzubeziehen.

THEATERNEUBAU in der Stadt der Bürger

Nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid gegen den Theater-Neubau setzte sich die **BfGT** weiterhin für den **Umbau** der Paul-Thöne-Halle ein. Allen Bemühungen zum Trotz und gegen den vom Bürger deutlich gemachten Willen, beschloss jedoch die politische Mehrheit der Stadt Gütersloh eine „abgespeckte Variante“ des ursprünglichen 30 Millionen-€-Entwurfs.

Mit einem Ratsbeschluss wurden die Ausgaben für ein neu zu errichtendes Theater auf 19 Millionen € gedeckelt. Der **BfGT** wurde der Erfolg zugeschrieben, der Stadt 10 Millionen € erspart zu haben.

Bereits damals hat die **BfGT** auf die Risiken hingewiesen und wurde als „Lügner und Betrüger“ hingestellt. Heute weiß es jeder: Addiert man alle Haushaltsansätze für den Theaterneubau, kommt man auf die stolze Summe von ca. 30 Millionen €, ein eindeu-

tiger Verstoß gegen den Ratsbeschluss. Darüber hinaus zahlen die Bürger inklusive Zinsen ca. 4,7 Millionen € Unterhaltskosten pro Jahr für die Kulturräume.

Die **BfGT** hat im Sinne der Gütersloher Bürger gegen alle Beschlüsse, die im Zusammenhang mit dem neuen Theater stehen, gestimmt.

- **Theaterparkhaus**

Im März 2009 machte die Verwaltung den Vorschlag, ein Parkhaus am neuen Theater für ca. 1,7 Millionen € zu errichten. Im Sinne der Mehrheit der Gütersloher Bürger lehnte die **BfGT** diesen Vorschlag ab. Aufgrund der Haushaltslage sowie der vom Rat mehrheitlich beschlossenen einschneidenden Sparmaßnahmen, war es den Bürgern unserer Stadt gegenüber unverantwortlich, neue Kosten durch Großprojekte zu produzieren und den städtischen Haushalt durch zusätzlich entstehende Folge- und Betreiberkosten weiter zu belasten. Unsere Ablehnung half nicht, das Parkhaus wurde errichtet. Jedoch parken die Theaterbesucher nicht im Parkhaus, so dass der gewünschte Einnahmeeffekt ausbleibt.

TRANSPARENZ unserer Arbeit in der Stadt der Bürger

Transparenz und Informationen für die Bürger sind uns wichtig! Wir aktualisieren unsere Homepage nicht erst vor den Wahlen, sondern informieren Sie seit Beginn unserer Ratsarbeit über Neuigkeiten aus dem Rathaus. Wir stellen unsere Anträge ins Netz, setzen Links zu den Protokollen, damit Sie nachverfolgen können, ob wir unsere Wahlaussagen auch eingehalten haben bzw. welche Anträge angenommen und welche Vorhaben von den politischen Mehrheiten abgelehnt wurden.

Auf der **BfGT**-Homepage sowie in den sozialen Netzwerken informieren wir ausführlich über die Arbeit der Fraktion sowie des Vereins. Auch nach den Wahlen werden Sie aktuelle Informationen, frühzeitige Bekanntgabe von Verwaltungsvorhaben und vieles mehr auf unserer Seite finden können.

Unsere Wahlprogramme von 1999, 2004 und 2009 sind ebenfalls abrufbar. Überprüfen Sie unsere Aussagen. Rufen Sie die Entscheidungen und Stellungnahmen der jeweiligen Fraktionen ab. Die Protokolle von Rats- und Ausschusssitzungen finden Sie im Internet auf der städtischen Homepage www.guetersloh.de. Vergleichen Sie die Arbeit der Fraktionen mit den Wahlaussagen der Parteien aus dem Jahr 2009. Sie werden gravierende Unterschiede zwischen den anderen Parteien und der **BfGT** feststellen. Bilden Sie sich selbst Ihre Meinung.

Auch sämtliche **BfGT**-Anträge der Ratsperioden seit 1999 stehen auf unserer Homepage. Dazu selbstverständlich die entsprechenden Protokolle. Unsere Satzung finden Sie ebenfalls auf der **BfGT**-Homepage. Wünschen Sie Druckversionen, dann wenden Sie sich bitte an uns.

TWE in der Stadt der Bürger

Die politische Mehrheit entschied im Oktober 2010, dass die Stadt Gütersloh sich im Fall der Reaktivierung des Schienen-Personen-Nahverkehrs auf der TWE-Strecke Harzewinkel – Gütersloh – Verl, mit 300.000 Euro jährlich ab Inbetriebnahme der Strecke für die Dauer von 20 Jahren beteiligt. Die Refinanzierung sollte durch Einsparungen

BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!

im örtlichen Personennahverkehr erfolgen. Die **BfGT** hat gegen diesen Beschlussvorschlag gestimmt. Die **BfGT** ist gegen Subventionen an Großkonzerne. Außerdem ging aus den vorliegenden Unterlagen nicht hervor, dass sich die Eigentümer an den notwendigen Infra- und Unterhaltungskosten beteiligen. Die **BfGT** spricht sich nach wie vor gegen die Reaktivierung der TWE-Strecke Harsewinkel – Gütersloh – Verl aus.

UMWELT in der Stadt der Bürger

Für die **BfGT** ist Natur und Landschaft auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlagen des Menschen besonders in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zu schützen. Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft in unserer Stadt darf nicht durch Neuausweisung von großflächigen Gewerbe- und Siedlungsgebieten zerstört werden.

Eine effizientere Nutzung der vorhandenen Bauten und Bauflächen werden wir Neuplanungen und großflächigen Siedlungsbereichen vorziehen. Das Fällen von altem Baumbestand im Rahmen der Änderung von Bebauungsplänen zugunsten der Schaffung neuer Wohnbauten darf in der bisherigen Art nicht weitergeführt werden.

Die Eingriffsregelung ist durch die Naturschutzgesetzgebung festgelegt und zugleich integrativer Bestandteil des Baurechts. Sie sieht vor, bei geplanten Eingriffen, die eine Beeinträchtigung von Naturhaushalt oder Landschaftsbild bewirken können, vermeidbare Vorhaben zu verhindern und unvermeidbare in ihren Auswirkungen möglichst gering zu halten. Per EU-Gesetz sind zudem Umweltverträglichkeitsprüfungen für jeden Bebauungsplan vorgeschrieben.

Der Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität in unserer Stadt misst die **BfGT** durch die Erweiterung der Grün- und Freiraumsituation eine zunehmende Bedeutung zu. Pro Einwohner stehen uns ca. 8qm öffentliche Grünflächen zur Verfügung (mit Friedhöfen, Spielplätzen und Kleingärten = 10,3qm). Der Richtwert des deutschen Städtetages liegt jedoch zwischen 20-25 qm pro Nutzer. Dies bedeutet, dass wir schon jetzt ein erhebliches Defizit an Grün- und Erholungsflächen aufweisen und der Anteil – anstatt durch Gewerbegebiete abgebaut – eher erhöht werden müsste.

- **Saubere Luft**

Luftreinhaltung ist Gesundheitsschutz. Daher müssen die Belastungen etwa durch Feinstaub und Stickoxyde in dem von der Europäischen Union vorgegebenen Rechtsrahmen vermindert werden.

Durch den Urteilsspruch des Bundesverwaltungsgerichtes können Bürger seit 2007 ihr Recht auf gesunde Luft einklagen.

In einem Grundsatzurteil wurde festgestellt, dass Kommunen sich nicht auf das mögliche Fehlen eines Aktionsplanes zur Luftreinhaltung berufen können. Vielmehr seien sie verpflichtet, auch außerplanmäßige Einzelmaßnahmen anzuordnen. Fehlende Aufstellung eines "Aktionsplans", so stellte das Bundesverwaltungsgericht klar, befreie örtliche Behörden nicht von Einzelmaßnahmen, die zur Abwehr gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch Feinstaubimmissionen nötig sind.

Als Hauptquelle von Feinstaub gelten Verkehr und Industrie. Die feinen Partikel in der Luft kommen in Dieselruß, Reifenabrieb, Baustaub oder den Abgasen aus Industrie und Heizungen vor. Die Staubteile sind so klein, dass sie nicht in Nase und Rachen hängen bleiben, sondern ungehindert in die Lunge gelangen. Dort können sie Entzündungen, Wucherungen, Asthma, Bronchitis oder Krebs auslösen. In bestimmten Konzentrationen führen sie zum Herzinfarkt.

Die **BfGT** wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Messungen durchgeführt werden, die mit konkreten und vor allem aktuellen Daten als Basis für weitere Maßnahmen von größter Wichtigkeit sind.

VERWALTUNG in der Stadt der Bürger

Die Verwaltung unserer Stadt hat ihr Handeln sowohl bei gestalterischen Aufgaben als auch bei der Erfüllung der Pflichtaufgaben an den Bedürfnissen der Bürger auszurichten. Finanziert wird sie mit Steuergeldern, dem Geld der Bürger. Schon deshalb sollte sie sparsam, effizient und unbürokratisch arbeiten. Das kann sie nur, wenn sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert und alle Einsparpotenziale wahrnimmt.

Als Serviceanbieter für die Bürger unserer Stadt sollte Mitarbeitern und Führungskräften in unserer Verwaltung bewusst sein, dass die Bürger im Sinne der Kundenorientierung diejenigen sind, die die Dienstleistungen in Auftrag geben und vor allem auch bezahlen. Insofern sind die Bürger in allen Fachbereichen wie Kunden und nicht wie Bittsteller zu behandeln.

Ein freundlicher und serviceorientierter Umgang, wie in vielen Bereichen der Wirtschaft selbstverständlich, ist von allen Mitarbeitern zu gewährleisten

Die Verwaltung versteht sich als Dienstleistungsunternehmen gegenüber den Bürgern. Folglich lassen sich auch im Personalbereich Maßstäbe aus der freien Wirtschaft für einen effizienteren Arbeitsablauf heranziehen.

Gemeinsam mit den Bürgern ist zu prüfen, welche Dienstleistungen unsere Verwaltung vorhalten soll und welche auszugliedern sind. Kooperationen mit dem Kreis oder auch anderen Städten und Gemeinden sind in die Überlegungen einzubeziehen.

Personalkosten zählen zu den größten Ausgabenposten des städtischen Haushaltes. Eine Verschlankung der Verwaltung ist unbedingt erforderlich, um die Kosten zu senken.

Um den Haushalt langfristig zu konsolidieren und die Budgets u.a. für die Bereiche Jugend, Bildung, Sport und Soziales nicht weiter zu kürzen, halten wir Umstrukturierungen und Zusammenlegungen von Dezernaten und Fachbereichen für unumgänglich. Die Verwaltung muss ihr krampfhaftes Festhalten an Positionen in den Leitungsebenen aufgeben. Die **BfGT** setzt sich seit Jahren für einen Personalabbau ein, der vorrangig in den Führungsebenen umzusetzen ist. Entsprechende Anträge in den vergangenen Jahren wurden von der politischen Mehrheit trotz öffentlicher Bekundungen immer abgelehnt. Streichungen und Kürzungen bei Angestellten und Arbeitern kann nur zugestimmt werden, wenn zugleich Kürzungen und Änderungen bei den Beamten im höheren und gehobenen Dienst stattfinden. Auch Geschäftsführer und Direktoren der städtischen Eigenbetriebe sind dabei nicht auszuschließen.

BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!

Die Budgets der Verwaltung sind besonders in Bezug auf die Geschäfts- und Sachaufgaben, die Aus- und Fortbildung, sowie die Aufwendungen für Einrichtungen und Geräte zu überprüfen. Speziell das Budget der Verwaltungsleitung ist einzubeziehen.

Im Umgang mit den Bürgern ist die Verwaltungssprache zu vereinfachen. Hinweise auf Paragraphen, Gesetzestexte und Verordnungen dürfen nicht den eigentlichen Sinn der Anschreiben überlagern. In unserer Stadt lassen sich Verwaltungsvorgänge abbauen. Eine effiziente Verwaltung ist Voraussetzung für die Akzeptanz und Zusammenarbeit mit den Bürgern.

- **Bürokratieabbau**

OWL ist zur Region des Bürokratieabbaus ernannt worden. In unserer Stadt sollten ebenfalls kommunal bezogene Erlasse und Verordnungen überprüft, vereinfacht oder auch gestrichen werden. Städtische Vorschriften sind auf ihren eigentlichen Sinn zu hinterfragen und auf ihre Zeitmäßigkeit zu kontrollieren.

Besonders im Bereich der Bauordnung strebt die **BfGT** eine Vereinfachung der Baugenehmigungen an. Viele Gesetze und Vorschriften lassen Platz für Entscheidungsspielräume. Auch in unserer Stadt soll diese Möglichkeit im Umgang mit den Bürgern beachtet werden. Angestrebt wird auch eine Lockerung/Entzerrung der Bebauungspläne.

Nicht nur den Bürgern dürfen Fristen gesetzt werden. Auch der Verwaltung müssen in allen Bereichen Entscheidungsfristen gesetzt werden. Wird eine Bürgeranfrage/ein Bürgerantrag in einem bestimmten Zeitraum nicht beantwortet, ist die Anfrage/der Antrag „positiv entschieden“.

- **Kernaufgaben der Verwaltung**

Allgemein gibt es für Kernaufgaben der Verwaltung keine einheitliche Definition. Nicht nur in Haushaltsberatungen wird immer wieder darauf hingewiesen, dass bestimmte Leistungen nicht zu den Kernaufgaben der Verwaltung gehören. Die Erbringung weiterer öffentlicher Aufgaben soll jedoch auch weiterhin gewährleistet (Gewährleistungsaufgaben) werden.

Um Bürger, Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen möglichst unbürokratisch die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben zu ermöglichen, ist eine Veränderung der bisherigen Verwaltungsaufgaben notwendig. Dies könnte Freiräume zur Konzentration auf zu vereinbarende Kernaufgaben schaffen und gleichzeitig bestehende Standards gewährleisten bzw. erhalten.

Gemeinsam mit den Bürgern sollte die Verwaltung neue Wege beschreiten. Notwendige Aufgaben sollten nicht mehr ausschließlich selbst wahrgenommen werden, sondern in Form von strategischen Bündnissen und Partnerschaften mit Beteiligten aus Unternehmen, bürgerschaftlichen Organisationen, Verbänden, Medien und ehrenamtlich tätigen Bürgern umgesetzt werden.

Diese Kooperationen sind in Bereichen sinnvoll, in denen das städtische Finanzvolumen für die erforderlichen Investitionen nicht ausreicht oder auch das betriebswirtschaftliche, technische oder organisatorische Wissen Dritter genutzt werden kann.

• Nichtöffentliche Sitzungen

Beratungen in nicht öffentlicher Sitzung unterliegen der Verschwiegenheit, sind in vielen Fällen jedoch am nächsten Tag in den Medien nachzulesen. Die Bürger unserer Stadt sollen ausführlicher und vor allem frühzeitiger über Vorhaben und Planungen informiert werden. Beratungen hinter verschlossenen Türen und ohne Beteiligung von direkt Betroffenen (z.B. Anlieger) wecken Misstrauen. Mit Offenheit erreichen wir das Gegenteil: das Vertrauen der Bürger.

Die **BfGT** wird in der neuen Ratsperiode erneut den Antrag einbringen, die Geschäftsordnung des Rates entsprechend zu ändern und öffentliche Sitzungen im Internet zu übertragen. Wir beziehen uns auf die Gemeindeordnung, in der festgeschrieben ist, dass durch die Geschäftsordnung „die Öffentlichkeit für Angelegenheiten einer bestimmten Art ausgeschlossen werden kann“.

Aus Sicht der **BfGT** besteht in der Gemeindeordnung mit Ausnahme „schützenswerter Interessen Einzelner“ keine Vorschrift zur Durchführung von nichtöffentlichen Sitzungen.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG in der Stadt der Bürger

Eine Ergebnis orientierte Wirtschaftsförderung ist als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen auszurichten und muss ihrem eigentlichen Begriff und Ziel, nämlich Akquisition von auswärtigen Unternehmen, Betreuung und Pflege der ortsansässigen Firmen und Unternehmen sowie Unterstützung und Förderung von Existenzgründern bis zum Krisenmanagement im eigentlichen Sinne gerecht werden.

Wirtschaftsförderung ist „Chefsache“. Der direkte Dialog mit den ortsansässigen Unternehmen ist zu intensivieren, die Einrichtung eines Wirtschaftsbeirates ist der erste Schritt in diese Richtung.

Die Gründung einer GmbH als neuem Träger könnte einen möglichen Aufbauprozess ins Stocken bringen. Mit einer Fortführung und zugleich Ausbau der bisherigen Aktivitäten würde gegenüber einheimischen als auch auswärtigen Unternehmen jedoch ein eindeutiges Signal gesetzt, welchen Stellenwert die Wirtschaftsförderung in unserer Stadt eingeräumt wird. Eine spätere Umwandlung in eine andere Gesellschaftsform sollte für die Zukunft selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden.

Für unsere Stadt sind u.a. folgende Punkte eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg: unabhängige Handlungsweise und mehr Kompetenz in Bezug auf Grundstücke, Planung und Bauordnung, vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren, Hinweise auf spezialisierte Förderprogramme, auf die ein Suchender selten im ersten Schritt stößt sowie eine optimale Gestaltung und Verbesserung des Zugriffs auf eine eigene Homepage.

Für Existenzgründer könnten im Wege des Erbbaurechtes preisreduzierte Flächenangebote zusätzliche Anreize zu schaffen. Die Erhaltung und Sicherung klein- und mittelständischer Unternehmen sowie Handwerksbetriebe ist für die **BfGT** eine weitere Voraussetzung für die Sicherung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt.

Verstärkt soll sich die Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit der Planung darum bemühen, die Situation des Einzelhandels durch attraktive

Rahmenbedingungen sowohl in der Innenstadt als auch in den Ortsteilen deutlich zu verbessern. Eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit kann dafür werben, dass unsere Stadt als Einkaufsstadt von auswärtigen Kunden verstärkt wahrgenommen und angenommen wird.

Zu einer erfolgreichen und optimal funktionierenden Wirtschaftsförderung gehört eine konsequent sparsame Haushaltspolitik, die eine Senkung der Steuern und Abgaben ermöglicht. Unter Voraussetzung einer verbesserten Haushaltslage ist die Senkung der Gewerbesteuer für die **BfGT** ein langfristiges Ziel, um die vorhandenen Betriebe zu entlasten und ansiedlungswilligen Unternehmen einen zusätzlichen positiven Standortfaktor zu bieten.

Auch die Gastronomie ist in die Wirtschaftsförderung einzubeziehen. Die Voraussetzungen für die Betreibung von Biergärten oder Straßencafés sind durch die Vereinfachung von Genehmigungen und weniger Auflagen für die Außengastronomie zu schaffen. Die **BfGT** wird sich für eine Senkung der Gebühren in Bezug auf die Nutzung städtischer Flächen vor Cafés, Imbissstuben, Kneipen, Restaurants, etc. einsetzen.



transparenz
schafft
akzeptanz

15 JAHRE RATSARBEIT der BfGT in der Stadt der Bürger

15 Jahre Ratsarbeit der **BfGT** stehen für mehr Transparenz in politischen Prozessen und Verwaltungsarbeit. Der Maßstab, den wir hier anlegen, gilt selbstverständlich auch für unsere eigene Arbeit.

Lassen Sie sich also kein X für ein U vormachen. Studieren Sie sorgfältig die Wahlprogramme aller Parteien und Wählergemeinschaften, die sich mit ihren Kandidaten um die Ratsmandate im Rahmen der Kommunalwahl 2014 bewerben.

Mit derzeit 114 Mitgliedern ist die **BfGT** hinter der CDU und der SPD drittstärkste politische Vereinigung in der Stadt der Bürger.

Warum soll das nicht auch für den neuen Rat gelten?

Optimistisch gehen wir, die BfGT, in die Kommunalwahl 2014!

**Treffen Sie für sich und die Stadt der Bürger
am 25. Mai 2014
die richtige Wahl.**

BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!



Herausgeber:

BfGT Bürger für Gütersloh e. V.

Lindenstr. 16 – 33332 Gütersloh

Tel. 05241-222772 / Fax: 05241-15064

e-Mail: info@bfgt.de / Homepage: www.bfgt.de

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Nobby Morkes (1. Vorsitzender)

BfGT Bürger für Gütersloh e. V. - Wir Bürger werden mitbestimmen!